

Stenographischer Bericht

16. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

IV. Periode.

20. November 1931.

Inhalt:

Personalien: Mandatsrücklegung Ritter (301); Angelobung Walcher (301); Urlaubsbewilligung Singer (301).

Wahl eines Mitgliedes in den Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß, sowie eines Schriftführers im Landtage an Stelle Ritter (302).

Aufgabe: Die Beilagen Nr. 57 bis 68 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 160, 161, 165, 171, 172, 176, 180, 181, 182, 189 und 192 (302).

Zuweisungen: Immunitätsangelegenheiten Hartleb, Kammerhofer, Meyszner und Bundesrat Ing. Lanzmeister (301);

Die aufgelegten Beilagen und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (302).

Anträge: Wihany, E.-Zl. 197, betreffend Änderung des Gesetzes über die Einhebung einer Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften im Gebiete der Stadtgemeinde Graz (327);

Dr. Illig, E.-Zl. 198, betreffend Abänderung des Lohn- und Gehaltsabgabegesetzes (327);

Mikola, E.-Zl. 199, betreffend einen Landesbeitrag zur Errichtung von Heimstätten für die stellenlose Jugend (327);

Dr. Illig, E.-Zl. 200, betreffend eine Abänderung des Landesgebäudesteuergesetzes 1928 bzw. des Gesetzes vom 24. Dezember 1929, LGBI. Nr. 43 (327);

Hartleb, E.-Zl. 201, betreffend Einstellung von Exekutionen bei Rückständen an Landessteuern und Abgaben, sowie von Sozialversicherungsrückständen in den nächsten 3 Monaten (327);

Hartleb, E.-Zl. 202, wegen Novellierung des Gesetzes über die Lohn- und Gehaltsabgabe (327);

Fohringer, E.-Zl. 203, auf Durchführung einer außerordentlichen Nothstandsaktion aus Landesmitteln zugunsten der von der Hagelwetterkatastrophe in Allerheiligen i. M. am 24. Juni d. J. und der von der Unwetterkatastrophe am 20. August d. J. in den übrigen Gemeinden des Bezirkes Kindberg betroffenen Kleinbauern und Schrebergartenbesitzer (327);

Hornik, E.-Zl. 204, auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Angelegenheit der Vergebung von Lebensmittellieferungen für die Sanitätsanstalten des Landes an die Firma Fischer in Graz (327);

Reichl, E.-Zl. 205, betreffend Änderung des § 12 Reichsvolksschulgesetzes (327).

Anfragen: Machold, Nr. 15, an den Landeshauptmann wegen des Heimwehrpuffches am 13. September 1931 (302). — Dringliche Behandlung (302). — Begründung Machold (302). — Beantwortung Dr. Rintelen (307). — Redner: Leichin (308), Hornik (310), Ferner (313), Dr. Hübler (315), Meyszner (316), Praßl (319), Gjöller (320), Kammerhofer (322), Dr. Illig (323), Ing. Wihany (324), Machold (324). — Annahme des Beschlufantrages des Landbundes (324).

Gjöller, Nr. 16, an den Landeshauptmann, betreffend planmäßiger Bekämpfung der Wirtschaftsnot (302). — Dringliche Behandlung (302). — Begründung Gjöller (324). — Beantwortung Dr. Rintelen (326).

Reichl, Nr. 17, an den Landeshauptmann, betreffend der Vorfälle vom 16. November 1931 bei der Demonstration vor dem Steueramt in Leoben (327).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 5 Minuten.

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die 16. Sitzung und damit zugleich gemäß § 13, Absatz 1, des Landesverfassungsgesetzes die ordentliche Herbsttagung für 1931.

Vorerst habe ich mitzuteilen:

der Herr Abg. Hans Ritter hat laut Schreiben des Heimatblocks, Landesstelle Steiermark, vom 18. November 1931 angezeigt, daß er sein Mandat als Landtagsabgeordneter zurücklegt. An seine Stelle wurde Herr Abg. Otto Walcher zur heutigen Sitzung eingeladen und ersuche ich den Genannten, die Angelobung zu leisten.

(Abg. Walcher leistet die Angelobung.)

Herr Abg. Josef Singer hat um einen zwei-monatigen Krankenurlaub angefragt; dieser Urlaub wurde bewilligt.

Das Bezirksgericht Bruck a. d. M. hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Karl Hartleb zugestimmt wird;

weilers hat das Landesgericht für Strafsachen Graz angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Franz Kammerhofer zugestimmt wird.

Ich beantrage, diese beiden Anfragen dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zuzuweisen.

Weiters hat das Bezirksgericht Klagenfurt angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Landesrates Meyszner wegen Ehrenbeleidigung zugestimmt wird.

Auch diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Das Landesgericht für Strafsachen in Graz hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des vom steiermärkischen Landtage entsendeten Bundesrates Ing. Johann Lanzmeister zugestimmt wird.

Ich habe mangels einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung eines solchen Auslieferungsverfahrens diese Anfrage, der Auffassung des Bundesrates Rechnung fragend, daß nur diejenige Körperschaft in der Lage ist, einen Beschuldigten auszuliefern, welcher der Angeschuldigte angehört, dem Präsidium des Bundesrates unter Hinweis auf die Bestimmungen des Artikels 58 des Bundesverfassungsgesetzes beziehungsweise des § 25 des Landesverfassungsgesetzes zur weiteren Veranlassung übermitteln.

Die Auslieferung des Bundesrates Ing. Lanzmeister wurde in der Sitzung des Bundesrates am 31. Oktober 1931 beschlossen.

Da das anfragende Gericht unter Hinweis auf eine bestehende Lehre, daß weder die Zustimmung des

Bundesrates die Verfolgung eines seiner Mitglieder ermögliche, noch die Ablehnung der Zustimmung durch den Bundesrat die Verfolgung verhindern könne, in einer neuerlichen Zuschrift vom 2. November 1931 sein ursprüngliches Auslieferungsbegehren an den Landtag wiederholt hat, habe ich eine ausführliche Stellungnahme des Bundesratspräsidiums eingeholt, die ich samt dem Auslieferungsbegehren dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zur Behandlung zuweise.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abg. Machold, Leichin, Oberzaucher, Regner und Genossen an den Herrn Landeshauptmann wegen des Heimwehrputsches am 13. September 1931.

Die Anfrage weist die erforderliche Anzahl Unterschriften auf und ich werde sie nach den Zuweisungen zur Verhandlung bringen.

Weiters liegt mir vor eine dringliche Anfrage der Abg. Gföller, Machold, Auzt und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend planmäßiger Bekämpfung der Wirtschaftsknot.

Die Anfrage entspricht ebenfalls der Geschäftsordnung, ich werde sie nach der 1. Anfrage zur Verhandlung bringen.

Bevor ich zu den Zuweisungen schreite, werde ich die durch den Rücktritt des Abg. Ritter notwendigen Wahlen in die Ausschüsse sofort vornehmen.

Herr Abg. Ritter ist Mitglied des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses gewesen und weiters Schriftführer im Landtage. Ich ersuche den Heimatblock, einen Vorschlag zu erstatten.

Hornik: Ich schlage vor, Abg. Schranz zum Schriftführer und Abg. Walcher zum Mitglied des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses zu wählen.

(Der Vorschlag wird angenommen.)

Aufgelegt wurden heute die gedruckten Vorlagen Nr. 57—68 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 160, 161, 165, 171, 172, 176, 180, 181, 182, 189 und 192.

Zugewiesen werden, wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Beilage Nr. 57 zunächst der Landesregierung und hernach dem Finanzausschuß;

Beilagen Nr. 58, 60, 61, 62, 63, 64, 68 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Beilage Nr. 59 dem Volksbildungsausschuß;

Beilagen Nr. 65, 66 und 67 dem Finanzausschuß; ferner die schriftlich eingebrachten Anträge und Regierungsvorlagen, und zwar:

E.-Zl. 160 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

E.-Zl. 161 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschüsse;

E.-Zl. 165, 171, 172, 176, 180, 181, 189 und 192 dem Finanzausschuß;

E.-Zl. 182 dem Landeskulturausschuß.

(Die Zuweisungen werden beschlossen.)

Ich bringe nunmehr zur Verhandlung die dringliche Anfrage der Abg. Machold, Leichin, Oberzaucher, Regner und Genossen an den Herrn Landeshauptmann wegen des Heimwehrputsches am 13. September 1931.

Bevor ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold das Wort erteile, möchte ich die Galerie im vorhinein darauf aufmerksam machen, daß jede Einnengung in die Verhandlung und jedwede Kundgebung von Seite der Galerie auf das allerstrengste untersagt ist. Im gegenteiligen Falle, wenn diese Anordnung übertreten würde, müßte ich mit der Räumung der Galerie vorgehen.

Ich erteile nun dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold zur Begründung seiner Anfrage das Wort.

Machold: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Land Steiermark war am 13. September der Schauplatz eines Putsches, der Schauplatz eines Staatsverbrechens. Dieser Putsch ist ja, wie bekannt, ganz schmächtig zusammengebrochen und er hat für die Arrangeure mit einem ganz selbstverständlichen, mit einem vollen, mit einem schimpflichen Mißerfolg und mit einer Niederlage geendet. (Hornik: „Das werden Sie erst erleben!“) Er war aber doch geeignet, schwere Gefahren für den Bestand der Republik, schwere Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Bundesbürger heraufzubeschwören. Unser Nationalrat hat sich ja bereits mit diesen Vorkommnissen vom 13. September befaßt. Er ist nämlich wegen dringlicher Erledigung von Staatsnotwendigkeiten außerordentlich einberufen worden und konnte sich daher mit dieser Angelegenheit früher beschäftigen als der steirische Landtag. Dadurch hat sich, meine Damen und Herren, eine außerordentliche Tagung des steiermärkischen Landtages, die sonst selbstverständlich notwendig gewesen wäre, erübrigt. Unser Landtagspräsident hat den steiermärkischen Landtag erst zu seiner verfassungsmäßig vorgesehenen Herbsttagung einberufen und so kommt erst heute, also nach geraumer Zeit, der steiermärkische Landtag dazu, daß auch er seine Auffassung zu diesen Vorkommnissen bekanntgibt und sein Urteil dazu spricht. Meine Damen und Herren, es mag auf den ersten Blick vielleicht etwas merkwürdig scheinen, daß gerade diese Stelle, die hiefür die kompetenteste ist, sich so spät damit beschäftigt, aber vielleicht hat das auch sein Gutes und Nützliches, daß uns zwischen damals und heute, zwischen Putsch und Erörterung eine geraume Zeitspanne trennt. Es ist selbstverständlich, daß die begreifliche und berechtigte Empörung und Erbitterung der überwiegend demokratisch und republikanisch eingestellten Bevölkerung dieses Landes über das Verbrechen vom 13. September niemals verklingen wird, aber schließlich und endlich tritt sie doch gegenüber einer ruhigeren Auffassung und Kritik nicht mehr so ausschließlich in den Vordergrund, als es zweifellos der Fall gewesen wäre, wenn sich der Landtag unmittelbar darnach mit dem Putsch beschäftigt hätte. Es ist selbstverständlich und kein Mensch hätte es anders erwartet, als daß wir die erste Sitzung des Landtages dazu benützen, um unsere Auffassung und Meinung und die Auffassung der von uns hier in diesem Hause vertretenen mehr als 175.000 Wähler und Wählerinnen zum Ausdruck zu bringen.

Vor allem anderen, meine Damen und Herren, ist es das Verhalten der politischen Behörden, der politischen Beamten und der Exekutive des Staates, Bun-

des und Landes während des Putsches, das von uns einer Betrachtung und Erörterung unterzogen werden muß. Für dieses Verhalten ist in allererster Linie verfassungsmäßig der Landeshauptmann verantwortlich, ihm unterstehen die politischen Behörden und Beamten, seinen Weisungen hat die Exekutive zu folgen, sie wird verwendet nach seinen Anordnungen. Nun ist die Einstellung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Kintelen zum Putsch, sein Verhalten während und nach demselben sehr unklar (Oho! Ruhe bei den Christlichsozialen.) und eigenartig und dieses Verhalten gibt zu allerhand Mutmaßungen reichlich Anlaß und fordert zur Kritik heraus. Professor Dr. Kintelen ist zum Landeshauptmann von Steiermark vom Landtag gewählt worden und ist daher für seine Handlungen als Chef des Landes und als oberster Vertreter der Bundesbehörden in allererster Linie dem Landtag verantwortlich und Rechenschaft schuldig. (Dr. Illig: „Aber nicht Ihnen!“) Dem Landtag habe ich gesagt! Wir wollen dem Herrn Landeshauptmann Gelegenheit geben, hier im Landtage in unzweideutiger Weise seine Stellungnahme zu diesem Putsch darzutun (Meyssner: „Wird er zum Falle Fischer auch Stellung nehmen?“) und vielleicht Aufklärung über seine Beziehungen zu den Putschisten und Führern zu geben. Das ist der hauptsächlichste Grund, warum ich namens des sozialdemokratischen Verbandes die dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gerichtet habe.

Diese dringliche Anfrage lautet nach einer Einleitung, die ich weiter nicht zu erwähnen brauche, folgendermaßen (liest):

„1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, in eindeutiger Weise zu erklären, daß er den versuchten, verbrecherischen Anschlag gegen die Republik und ihre Einrichtungen auf das schärfste verurteilt (Hornik: „Verurteilen Sie auch den Fischer?“ — Dr. Illig: „Fragen Sie ihn, ob er auch die Oberzaucherbank verurteilt!“), und daß er unbedingt und vorbehaltlos auf dem Boden der demokratischen Landes- und Bundesverfassung steht?“

2. Ist der Herr Landeshauptmann gewillt, auf Grund der von ihm beschworenen Pflicht alles Zweckdienliche vorzukehren, um einer eventuellen Wiederholung eines solchen hochverräterischen Verbrechens mit den schärfsten Mitteln der Exekutive des Staates und mit rücksichtsloser Abndung gegenüber den Schuldigen zu begegnen?“

Zur Begründung dieses von uns gestellten Antrages möchte ich folgendes ausführen:

Schon am 12. September, meine Damen und Herren, also am Vortage des versuchten Staatsverbrechens, ist dieser Putsch im Organ der Heimwehr, im „Panther“, hochoffiziell angekündigt worden. Damals ist im „Panther“ ein Leitartikel erschienen mit dem Titel, der bezeichnend ist: „Es wird und muß etwas geschehen!“ (Hornik: „Das sagte der sozialdemokratische Parteitag doch auch!“) Dieser Leitartikel schließt mit folgendem Satz (liest): „Von dem altösterreichischen „Es muß etwas geschehen“ werden wir bald wegrücken zu dem neuösterreichischen „Es wird etwas geschehen!““

Nun, nach dem Erscheinen dieses Artikels ist tatsächlich etwas geschehen und die neuösterreichische

Parole ist in die Tat umgesetzt worden, nämlich in den Putsch.

Meine Damen und Herren! Infolge des Artikels im „Panther“ war es zweifellos, daß ein gut Eingeweihter, ein Wissender, wußte, was kommen wird, er hatte zweifellos von diesen Putschvorbereitungen für den 13. September gewußt! Diese Feststellung ist deshalb nicht ohne Interesse, weil nachher, als der Putsch zusammengebrochen war, alle bekannten Heimwehrführer ohne Ausnahme davon angeblich nichts gewußt haben. Sie haben der Tapferkeit besseren Teil gewählt und haben erklärt, sie wissen nichts, sie alle waren lauter schneeweiße Lamperln. (Meyssner: „Fast wie beim Fischer!“) Nur einer, der Herr Staatsführer, der sich rechtzeitig außer Land begeben hat, hat davon gewußt. Meine Damen und Herren, diese Ausrede glaubt niemand, außer vielleicht die österreichische Justiz. Diese hält sie vielleicht für glaubhaft. Aber allen anderen Menschen im Staate ist es sonnenklar, daß das nur Ausreden sind, und daß die Heimatschutzführer vom beabsichtigten Staatsstreich unzweifelhaft gewußt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß solche Aktionen nicht von heute auf morgen inszeniert werden (Meyssner: „Sowie am 15. Juli, da haben Sie auch nichts gewußt davon!“), sondern von langer Hand vorbereitet sein müssen. Man bringt nicht tausende mit Gewehren und Maschinengewehren und anderem Kriegsgerät ausgerüstete Menschen zur mitternächtigen Stunde auf die Straße, wenn man nicht vorher diese Organisation geschaffen und bis ins Detail vorbereitet hat. (Hornik: „Bei uns geht es halt schneller als beim republikanischen Schutzbund!“) Wenn es wahr ist, meine Damen und Herren, daß die Behörden in Steiermark, die Bezirkshauptmannschaften sowohl, als auch die Gendarmeriekommandanten, davon gar nichts gewußt haben sollten, daß sie sozusagen vom Staatsstreich überrumpelt und überrascht worden sind, so muß ich sagen, stellt das ihrer Eignung als Schützer und Hüter unseres Bundes und Landes und der Sicherheit seiner Bürger ein nicht geradezu besonders glänzendes Zeugnis aus. Aber, meine Damen und Herren, viel mehr geeignet einer Kritik unterzogen zu werden ist nicht nur das Verhalten unserer Organe und der Exekutive vor dem Staatsstreich, sondern auch bei Ausbruch des Putsches, während desselben und nach demselben. Auch hiefür ist, meine Damen und Herren, nach der Verfassung der Landeshauptmann in erster Linie verantwortlich und wenn man sich das vor Augen hält, so drängt sich unverzüglich eine Frage auf die Lippen, und zwar folgende: Was hat der Landeshauptmann von Steiermark getan, was hat er vorgekehrt, was für Weisungen ergehen lassen, um diesem frevelhaften Beginnen so rasch als möglich ein Ende zu bereiten und die überwiegend demokratisch und republikanisch eingestellten Staats- und Landesbürger vor dem drohenden Bürgerkriege zu bewahren? (Dr. Illig: „Er hat die Sache ohne Blutvergießen gemacht!“) Wir wissen, daß die Gendarmerie sich viele Stunden lang geradezu passiv verhalten hat. Es wurden Bezirkshauptmannschaften besetzt, Gemeindeämter, Postämter, Straßen, Brücken und Bahnhöfe besetzt und es sind eine große Anzahl friedliebender Menschen,

darunter Landesregierungsmitglieder, Landtagsabgeordnete, Bundesräte und Nationalräte ihrer Freiheit beraubt und bedroht worden. Die Exekutive, die Gendarmerie hat anfänglich nichts gemacht, nichts gehört und nichts gesehen. Sie hat nicht eingegriffen und wo sie eingegriffen hat, hat sie es nur über dringendes Verlangen der empörten Bevölkerung und nur ganz unzulänglich getan. Gegen die Staatsverbrecher, gegen die Putschisten ist sie überall mit Glacéhandschuhen vorgegangen, wo ein Eingreifen verlangt wurde. (Dr. Illig: „Der Wallisch ist sogar avanciert!“ — Heiterkeit.) Sie hat erklärt, es liegen keine Weisungen vor, es haben die Landesregierung, der Landeshauptmann, die Bezirkshauptmannschaften keine Weisungen erlassen, wie die Gendarmerie einschreiten soll. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß der Landeshauptmann dieses Verjagen der Exekutive, für das, ich muß schon sagen, in erster Linie ihm die Schuld beigemessen werden muß, weil dieser kameradschaftliche Geist zwischen Heimwehr und zwischen Hochverrätern bei uns in diesem Lande geradezu gezüchtet wird und bei uns geradezu System geworden ist, seitdem der Landeshauptmann von Steiermark sich selbst am Freiheitsplatz den Heimatschutzhut aufsetzen ließ — (Unruhe. — Meyszner: „Ihnen werden wir ihn aufsetzen, Sie möchten gut ausschauen!“) ich weiß, daß der Landeshauptmann von Steiermark das Verjagen der Exekutive damit begründen wollen wird, daß er erklärt, man wollte unnötiges Blutvergießen vermeiden. Meine Damen und Herren: Die Absicht, ein Blutvergießen zu vermeiden, wenn sie bestanden haben soll, kann ich aus rein menschlichen Gründen billigen. Kein Mensch ist damit einverstanden, daß ohne zwingenden Grund Blut vergossen wird. (Dr. Illig: „Warum reden Sie dann so lange davon?“)

Aber es wären da andere Wege notwendig gewesen (Zwischenruf Hornik). Es wäre notwendig gewesen, anders einzuschreiten. Wir sind schon deshalb nicht für Blutvergießen — und in diesem Fall auch nicht — weil die meisten derjenigen, die mitgegangen haben, irreführt worden sind. Man hat die alten Kriegslügen aufgetischt. Damit sie mitgehen, hat man ihnen erzählt, im Ennstale sind Wallisch versammlungen, es sei zu großen Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern dieser Versammlungen im Ennstale mit den Teilnehmern an anderen Versammlungen gekommen. In Wirklichkeit waren gar keine Wallisch versammlungen, haben keine solchen stattgefunden. Man hat ihnen weiters erzählt, sie werden deshalb aufgeboten, weil der republikanische Schutzbund mit der Gendarmerie in Konflikt geraten und weil die Gendarmerie aufgerieben worden ist. Sonst wäre ein großer Teil dieser Heimwehrmänner nicht mitgegangen. Ich führe das deshalb an, weil ich meine, man hätte sofort alle Maßnahmen ergreifen müssen, um ein etwaiges Blutvergießen zu verhindern; aber die vom Herrn Landeshauptmann eingeschlagene Taktik war ganz falsch. (Peintinger: „Die war schon die richtige!“) Durch diese Taktik wäre bei einem normalen Verlauf, wenn sich die Arbeitererschaft weniger diszipliniert und besonnen gezeigt hätte, das Blutvergießen nicht vermieden worden. Gerade dieses Zaudern, dieses Zögern,

dieses sanfte Anfassen, diese liebevolle Behandlung der Putschisten durch die Gendarmerie mußte die Putschisten auf der einen Seite in ihren Absichten bestärken, auf der anderen Seite hat diese Art von Vorgehen selbstverständlich die Meinung aufkommen lassen müssen, daß die Gendarmerie gar nicht die Absicht habe einzugreifen, daß sie die Absicht hat, sich gegenüber diesen Putschisten gewissermaßen objektiv, passiv zu verhalten; und im weiteren mußte diese Art der Behandlung der Putschisten die demokratisch eingestellte Bevölkerung, in erster Linie die Arbeiter, geradezu provozieren und zur Empörung treiben und war geeignet, zu veranlassen, daß die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen und alle unsere Ermahnungen und alle unsere Disziplin wäre schließlich doch gescheitert. Ich möchte da im Zusammenhang mit dieser Behandlung auf folgendes aufmerksam machen: Diese zur Bekämpfung des Putsches rückt in ein eigenartiges Licht, wenn man sich vor Augen hält, daß 1. verhaftete Heimatschutzführer ausgesagt haben, daß sie niemals mitgegangen wären, wenn man ihnen nicht von vorneherein die sichere Zusage gegeben hätte, daß die Exekutive des Bundes und dieses Landes gegen sie nicht einschreiten wird; 2. hat bekanntlich der Sohn des Heimwehrführers Pfrimer in Marburg Pressevertretern gegenüber dasselbe erklärt, sowie daß man unter allen Umständen wenigstens 24 Stunden darauf hat rechnen können, daß Polizei, Gendarmerie und Militär nicht eingreifen werden. (Hornik: „Das ist aber ganz neu!“) Jedenfalls sind Ausagen und Mitteilungen dieser Art, die gar nicht von uns, sondern von berufenen Heimwehrführern kamen, sehr geeignet, das schwerste Mißtrauen gegen die Objektivität der steiermärkischen Behörden und der Exekutive zu erzeugen. Stellen sie sich die ganze Art der Inszenierung dieses Putsches vor! Die war sehr eigenartig, sehr merkwürdig und vom Standpunkte der Putschisten, die einen Erfolg erwarteten, so naiv, so, wie soll man sagen, so ganz unzulänglich, daß man bei diesem Arrangement von vorneherein bei normalem Verlauf voraussetzen und voraussetzen konnte, daß dieser Putsch mit einem völligen Fiasko enden müsse. (Hornik: „Daher Ihr gerechter Zorn!“) Allerdings, diese Art der Inszenierung gewinnt ein anderes Gesicht, wenn das zutrifft, was Heimwehrführer ausgesagt haben und wenn das zutrifft, was der Sohn des Heimwehrführers Pfrimer in Marburg über das zu erwartende Vorgehen der steierischen Gendarmerie ausgesagt hat. Dann stellt sich dieses Arrangement des Putsches in wesentlich anderem Lichte dar und dann würden manche Sachen, die nicht geklärt werden können, manches Unfaßbare, manches Unbegreifliche seine volle Aufklärung dadurch gefunden haben. Jedenfalls möchte ich sagen, daß nicht durch das Eingreifen der steierischen Behörden, sondern durch das Eingreifen der Bundesregierung dieser Putsch in Steiermark seinem Ende zugeführt worden ist. (Hornik: „Das ist ganz neu!“) Dem Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen wäre es bekanntlich ein sehr Leichtes gewesen, bei diesem Putsch am 13. September das Vertrauen aller demokratisch und republikanisch eingestellten Menschen in diesem Lande sich zu erwerben. Eine sofortige energische Abfage, eine

sosortige, energische und klare eindeutige Stellungnahme gegen diesen Putsch und seine Absichten, entsprechend klare und eindeutige Weisungen an die Polizei, an die Gendarmerie, an die Bezirkshauptmannschaften, an das Militär usw. hätten genügt, diesem Putsch von vorneherein sofort ein Ende zu bereiten. (Hornik: „Um Ihren ruhigen Schlaf weiter zu sichern!“) Da befindet sich in Bruck, in Ihrem Orte, Herr Abg. Hornik, eine Gendarmerieschule. Diese Landes-Gendarmerieschule in Bruck ist direkt nach Bruck verlegt worden. Warum? Weil die dort kasernierten Gendarmeriebeamten leichter eingesetzt werden können. Bruck ist bekanntlich ein Verkehrsknotenpunkt und von dort aus kann man Gendarmerie überall rasch hinbringen. Wenn so eine kleine kommunistische Sache ist, ist die Gendarmerie in Bruck sofort da, braucht sie keine Weisungen, ist sie rasch an Ort und Stelle, eifertig, mit besonderer Energie, geht sie da sofort los. Am Tage des Putsches hat man von dieser Gendarmerieschule überhaupt nichts gehört, da war sie verschwunden, nicht da. Ich möchte in diesem Zusammenhange auch sagen, daß nach meinem Dafürhalten der Kommandant einer solchen Gendarmerieschule in solcher Situation ganz andere Aufgaben hätte, als die Briefe von Heimwehrführern und Mitputschisten entgegenzunehmen, ganz andere Aufgaben hätte (Rottenmanner: „Sie hätte den Wallisch hoppnehmen sollen!“), als sich in die Heimwehrkanzlei daneben zu begeben und diese Briefe, die er erhalten hat, merkwürdigerweise, bevor sie noch ein anderer gesehen hat, zu verbrennen. Aus einer Rede, aus einer Diskussion, die vorgestern im Budgetausschusse des Parlamentes stattgefunden hat, haben wir gehört, daß solche Briefe geschrieben worden sind und haben weiters gehört, daß der beurlaubte Gendarmerieoberinspektor und Heimwehrführer Meyzner einen solchen Brief dem Kommandanten der Landes-Gendarmerieschule in Bruck geschrieben hat mit dem Inhalte, wie der Herr Minister sagt, die Aktion des Heimatschutzes entsprechend zu unterstützen. Hätte die Gendarmerie die Heimwehrlente, die die Bezirkshauptmannschaft besetzten, energisch aufgefordert, die Bezirkshauptmannschaft zu verlassen, hätte die Gendarmerie in Bruck die Heimwehr aufgefordert, die Waffen abzuliefern, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre, so lege ich meine Hand ins Feuer, daß dieser Putsch in einer halben Stunde zusammengebrochen wäre. Sofort wären sie diesem Auftrage der Gendarmerie nachgekommen. Ein solches Vorgehen hätte sich dann auch auf Obersteiermark ausgedehnt und seine heilsame Wirkung auf ganz Steiermark verbreitet. Vergessen Sie bei diesem Putsch nicht folgendes: (Hornik: „Wird Ihr Schutzbund auch so flott parieren?“) Die Heimwehr war nur mutig gegen unbewaffnete Zivilisten, mit der Gendarmerie anzubinden, hat sie keinen Mut gehabt, da muß sie dieser ganz im Stiche gelassen haben. Es hat einige Orte gegeben, wo einzelne Gendarmeriebeamte, die ohne Weisung, vielleicht auch dagegen (Zwischenruf von der rechten Seite: „Vielleicht organisierte!“), ich weiß das nicht genau, ihre Pflicht erfüllt haben, in Untersuchung gezogen wurden. Es hat solche einzelne Gendarmeriebeamte gegeben, die an einzelnen

Orten ohne Weisung auch gegen die Übermacht vorgegangen sind. Da hat sich ereignet, daß Heimwehrlente sofort die Waffen hingeworfen haben. (Hornik: „Wo war denn das?“) Mit der Staatsmacht anzubinden, haben sie keine Lust gehabt. Deshalb sage ich, daß die Taktik des Herrn Landeshauptmannes eine gefehlte war. Klare, eindeutige Weisungen, ein sofortiges Einschreiten der Gendarmerie hätten diesem Spuk in der ersten halben Stunde ein Ende bereitet. Statt dem notwendigen, klaren und energischen Vorgehen hat Herr Landeshauptmann Rinkelen am 13. September es vorgezogen, mit den Führern der Heimwehr, anstatt sie, wie es eigentlich zu erwarten gewesen wäre, verhaften zu lassen, zu verhandeln. Das belastet, das ist nicht zu begreifen. Mit Menschen, die im Begriffe sind, zu putschen, die Verfassung anzutasten, den Staat umzustürzen, die Hoch- und Staatsverrat begehen, mit solchen Menschen kann der Landeshauptmann, der oberste Chef des Landes, nicht verhandeln; er hat als Wahrer und Hüter der Verfassung andere Aufgaben, als solche Leute zu sich zu beordern und mit ihnen Verhandlungen zu pflegen. Eine solche Haltung ist geeignet, das Vertrauen zum obersten Chef des Landes schwer zu erschüttern.

Nun möchte ich ein paar Worte über die Führer der Heimwehr selbst sagen. Unmittelbar nach dem Putsch waren die Heimwehrführer klein, ganz unschuldig haben sie getan, still und beschämt, man hat von ihnen nicht viel gehört. Erst wie sie gesehen haben, wie die Einstellung der Justiz ist, daß ihnen nichts geschieht (Hornik: „Deshalb sitzen ja noch vier!“), sind sie wiederum stark geworden und hervorgetreten. Dann haben sie ihren Anhängern allerlei erzählt, ihre weitgehenden Taten am 13. September, haben sich lobpreisen lassen wegen ihrer edlen Motive, die sie zu diesem Putsch veranlaßt haben sollen, haben für sich selbst Fackelzüge gemacht usw., Versammlungen abgehalten und in diesen Versammlungen starke, recht kräftige Worte gebraucht und wurde nur bedauert, daß der Putsch so schlecht organisiert war und deswegen niedergeschlagen werden konnte. Indirekt ist angekündigt worden, daß das nur eine Generalprobe gewesen ist und ein zweitesmal diese Sache schon etwas besser arrangiert werden wird. Diese starken Worte hinterher, nachdem die Gefahr vorüber war und nachdem man wußte, daß die Justiz so über gewisse Sympathien zu der Heimwehr und ihren Führern nicht hinwegkommt, diese starken Worte täuschen niemanden darüber, daß die Herren, die sich jetzt so mutig und kräftig gebärden, während und nach dem Putsch sich nicht besonders heldenhaft benommen haben. Es wäre mannhafte gewesen, sich zu dieser Tat zu bekennen, die Verantwortung zu übernehmen und es wäre mannhafte gewesen, auch die Folgen für eine solche Tat zu tragen. Statt dessen haben wir überall nur Ausflüchte und Ausreden gehört, ehrenwörtliche und nicht ehrenwörtliche Ausreden sind gebraucht worden, in denen jede Mitwisserschaft abgestritten wurde. Ich möchte des Interesses wegen und um zu zeigen, wie mutig diese Heimwehrführer sind, eine kleine Episode aus vielen großen anderen, die auch einmal werden erwähnt werden, herausgreifen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihre Redezeit ist schon vorüber.

Machold (fortfahrend): Ich bin sofort fertig, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren! Das Ziel der Heimwehrbewegung ist (Meyßner: „Den Machold zu bekämpfen!“) jedoch bekanntlich die Beseitigung der demokratischen Republik, die Aufrichtung einer Diktatur. (Meyßner: „Jawohl!“) Und damit sie ausgerichtet wird, hat man dem obersten Bundesführer unumschränkte Befehlsgewalt gegeben (Meyßner: „Ja, auch!“) und dieses Befehlen auf der einen Seite und das Gehorchen auf der anderen Seite ist eidlich in Korneuburg bekräftigt worden. Und nun hat der oberste Bundesführer am Samstag um 1 Uhr nachts diesen Befehl herausgegeben, daß gepustcht werden soll. Nun schauen Sie, meine Damen und Herren! Da hat es sich nun eigenartigerweise zugetragen, — um 1 Uhr ist dieser Putschbefehl herausgekommen — daß schon ein paar Stunden später (Meyßner: „Die Herren am Flugfelde waren!“), schon am Sonntag in aller Frühe der Landesleiter der Heimwehr, Rauter, und sein Stellvertreter Meyßner in der Wohnung des Landeshauptmannes Rintelen, in seiner Villa in Graz erschienen sind und erklärt haben, sie wissen nichts von dem Putsch, sie sind dafür nicht verantwortlich und haben damit nichts zu tun. (Meyßner: „Wir haben auch nichts davon gewußt, denn sonst säßen Sie nicht mehr dort, hätten wir Euch schon gestaubt!“) Ehe der Hahn auch nur ein einzigesmal gekräht hatte, haben die Herren Landesführer Meyßner und Rauter ihren Chef und Herrn und Meister schon verleugnet gehabt. (Meyßner: „Aber gar keine Spur!“) Am Sonntag nachmittag ist in gleicher Mission der oberste militärische Kommandant, Baron Prankh beim Landeshauptmann in der Burg erschienen. (Dr. Illig: „Haben Sie dort einen Horchposten?“) Ich stelle fest, daß gegen den Baron Prankh bis heute, obwohl er Ausländer ist, kein Haftbefehl erlassen worden ist, wahrscheinlich in dankbarer Anerkennung seiner Tat.

Nun, meine Damen und Herren! Für uns Sozialdemokraten ist das nicht das Interessanteste. Ich führe das nur an, um Wirklichkeit und dieses mutige und heldenhafte Gefue und Phrasentum der Heimwehrführer nebeneinander zu stellen und überlasse es der Bevölkerung selbst, sich daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. (Schrantz: „Sehr richtig!“)

Für uns, meine Damen und Herren, — damit will ich zum Schlusse kommen — für alle demokratisch und republikanisch und verfassungsgemäß eingestellten Menschen des Landes ist vielmehr von Interesse die Antwort des Herrn Landeshauptmannes. Alle diese Episoden, die sollen sich die Heimwehrführer selbst untereinander austragen. (Hornik: „Die brauchen Ihre Belehrung nicht, die wissen selbst genau, was sie von Ihnen zu halten haben!“) Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes wird für uns von entscheidender Bedeutung für unser weiteres Verhalten zum Landeschef sein.

Ich möchte aber nicht schließen, ohne folgendes festzustellen: Die Vermeidung des Bürgerkrieges am Tage des 13. September ist (Dr. Illig: „Nur das Verdienst Dr. Rintelens!“ — Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) in allererster Linie dem Verantwortlichkeitsgefühl und der Disziplin der Arbeiterschaft in diesem Lande zu danken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und ich sage auch noch dazu: Ein zweitesmal, meine Damen und Herren, würde das nicht mehr gelingen, da würden wir die um ihre Freiheit kämpfenden, sich bedroht fühlenden Arbeitermassen (Meyßner: „Linzer Programm!“) nicht mehr zurückhalten vermögen, ganz abgesehen davon, daß wir das auch nicht mehr tun würden. (Hornik: „Ich fürchte gar sehr, die werden bald gegen Sie selbst losgehen!“ — Dr. Illig: „Sie haben fast gemeutert auf Ihrem Parteitage!“ — Hornik: „Was ist mit den Schrauben und mit den Riefen?“) Überlassen Sie das uns, das werden wir schon mit unseren Leuten ausmachen.

Meine Damen und Herren! Die Not und das Elend in Steiermark haben eine furchtbare Ausdehnung genommen, es herrscht Verbitterung, vielfach Verzweiflung unter allen Menschen und insbesondere unter der Arbeiterschaft in diesem Lande. Diese wirtschaftliche Not durch Beseitigung der Demokratie und Aufrichtung einer Diktatur bannen zu wollen, meine Damen und Herren, das ist Unsinn, das ist Demagogie und Vermessenheit. (Widerspruch beim Heimatblock.) Schauen Sie sich doch Ihre Führer an. Diesen Provinzadvokaten (Hornik: „Das sind nicht solche Haderlumpen, wie sie bei Ihnen sitzen, keine solchen Volksausbeuter!“), der sofort hinausgelaufen ist, damit ihn die Staatsanwaltschaft nicht bekommt, diese Leute, die keine blasse Ahnung von der Welt haben. (Hornik: „Mehr schon als Ihre, aber von Lumperei haben sie keine Ahnung!“) Schauen Sie sich den fürstlichen Schlösserbesitzer an, das sind die Menschen, die den Staat retten wollen, so schauen die Ketter des Staates aus. Aber sehen Sie ab von den Personen, nehmen Sie die Staaten, in denen heute eine Diktatur besteht, schauen Sie nach Italien hinüber, wo die Banca commerciale zusammengebrochen ist trotz Mussolini, schauen Sie nach Jugoslawien, schauen Sie nach Ungarn, wo die Not nicht geringer ist. (Meyßner: „Schauen Sie nach Moskau!“ — Hornik: „Und schauen Sie die Wirkungen Ihrer Demokratie da an!“)

Meine Damen und Herren! Wie schon so oft früher, möchte ich meine Ausführungen mit folgendem schließen: Die steirische und österreichische Arbeiterschaft (Walcher: „Nicht alle zusammennehmen, sonst beleidigen Sie!“) ist friedliebend. Die Sozialdemokratie hat nicht die Absicht, zur Gewalt zu greifen und sie lehnt diese Gewalt in ihrem Freiheitskampf, in ihrem demokratischen Kampfe um eine andere Gesellschaftsordnung — Ihre alte bricht ja ohnehin zusammen und Sie werden Sie nicht retten können —, sie lehnt diese Gewalt ab. Aber wenn es sein müßte, meine Damen und Herren, und wenn die Republik und die Verfassung wieder einmal bedroht werden sollte und wenn sich irgend welche Putschisten anmaßen

sollten, die Freiheit der Bevölkerung und der Arbeiterschaft anzufasten, dann werden Sie auf einen Kampf auf Leben und Tod bei der Arbeiterschaft stoßen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Prof. Dr. Rintelen das Wort.

Dr. Rintelen: In erster Linie, hohes Haus, muß ich bei Beantwortung meiner Anfrage auf das schärfste die Angriffe zurückweisen, die der Herr Vorredner gegen die steirische Exekutive vorgebracht hat (Beifall auf der rechten Seite des Hauses), sei es, daß er darunter das Militär meint, die Gendarmerie oder die Polizei. Es sind eine Reihe von Erhebungen und strengsten Untersuchungen geführt worden über die Verfügungen und das Verhalten dieser Organe und bis heute hat sich noch nirgends ein positives Ergebnis in dieser Richtung ergeben, sondern in den meisten Fällen ist ausdrücklich festgestellt worden, daß das Vorgehen dieser Organe ein korrektes war. Der Herr Vorredner hat Kritik üben wollen an dem Vorgehen der Gendarmerie, des Militärs und der Polizei und auch gegenüber meiner Person, hat aber nicht gesagt, wie er es am 13. September besser gemacht hätte. (Zwischenruf: „Er hätte geschossen!“) Damals hat sich die Gendarmerie in einer nicht einfachen Situation befunden, in wievielen Fällen sind 3 bis 4 Gendarmen eines Postens 200 Heimwehrlenten gegenübergestanden. Wenn nun diese Vier sofort zur Entwaffnungsaktion geschritten wären, so hätten sie das ja nur mit Waffengewalt, mit einer Schießaktion einleiten können. Und was wäre das Endergebnis gewesen? Das Ergebnis bei Anwendung der Schußwaffe wäre entweder ein Blutbad oder die Entwaffnung der Gendarmerie selbst gewesen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Sie selbst, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Machold, sind damals bei mir auf der Burg erschienen und haben mich angeschrien: „Lassen Sie doch schießen!“ (Ungeheurer Lärm, Zwischenrufe von allen Seiten. — Machold: „Das ist eine Lüge, Herr Landeshauptmann, eine infame Lüge!“ — Hornik: „Schämen Sie sich, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!“) Und ich bin heute froh, daß ich dieser Aufforderung nicht nachgekommen bin. (Beifall bei den Christlichsozialen und Heimatschützern, großer Tumult. — Hornik: „Gemeiner Bluthund, jetzt wissen wir, wer schießen will!“ — Machold: „So eine Lüge, das ist der Landeshauptmann!“ — Hornik: „Das ist der Landeshauptmann-Stellvertreter, der friedfertige Engel!“ — Machold: „Waren Sie dabei?“ — Rufe beim Heimatblock: „Wir glauben dem Landeshauptmann mehr als Ihnen!“) Sie kritisieren meine Anordnungen, Sie kritisieren meine Handlungen, die darin bestanden haben, daß man vor allem trachten soll, bei Erledigung dieser Angelegenheit — es ist eine Reihe von Anordnungen, fast ein Duzend, und zwar ganz sachlicher Natur ergangen, aber der grundlegende Punkt in allen Fällen, die ich als Landeshauptmann zu behandeln hatte, war der, daß ich geachtet habe, tunlichst Blutvergießen zu vermeiden. (Beifall auf der rechten Seite.)

Und so ist ja auch der beste Beweis für die Richtigkeit des Vorgehens der Exekutive an diesem Tage der, daß trotz der territorialen Ausdehnung der ganzen Aktion am 13. September abends die ganze Aktion beendet und die Ordnung wieder hergestellt war, ohne daß es zu einem Gegensatz gekommen wäre. (Hornik: „Zum Leidwesen der Sozialdemokraten!“ — Oberzaucher: „Sie sind ein ganz gemeiner Schuft!“ — Rosenwirth: „Nur Tote hat es gegeben!“ — Hornik: „Die habt Ihr am Gewissen!“ — Oberzaucher: „Sie Betrüger Sie, Sie Betrüger der Frauen!“ — Rosenwirth: „Das Sodawasser hat ihm den Kopf benebelt!“ — Meyszner: „Ja, ja, Sie Hiltmeichgeneral!“) Das ist also der beste Beweis, sehr Verehrte, daß die Verfügungen der Behörden die richtigen waren; Herstellung von Ruhe und Ordnung, das ist der Hauptzweck des behördlichen Einschreitens, und zwar ohne Blutvergießen. Und wenn Sie mir vorwerfen, daß ich mit einzelnen Führern der Heimwehr in Verhandlungen getreten bin, so stelle ich fest, daß bis heute noch kein Beweis den Verdacht ihrer Mittäterschaft begründet, das ist eine Behauptung von Ihnen. Und wenn diese Herren nun zu mir kommen und das Schwergewicht ihrer Intervention auch darauf legen, die Aktion unblutig zu erledigen, soll ich da sagen: Hinaus, ich lasse lieber schießen, soll ich sagen: Ich lasse lieber die Waffen sprechen? Soll ich nicht verhandeln? Wenn ich an die vielen und schweren Ereignisse denke seit dem Zusammenbruche, wie oft waren schwere und schwere Tage, wo die Exekutive aufgeboten worden ist und wo Sie zu mir gekommen sind und wo Sie gesagt haben: „Herr Landeshauptmann, halten Sie die Exekutive noch zurück, damit wir verhandeln können. Ich nehme Ihnen das nicht übel, daß Sie das verlangt haben, ich habe das auch getan und habe die Exekutive immer erst dann eingesetzt, wenn es unbedingt notwendig war.

Und schauen Sie, verehrte Damen und Herren, jetzt komme ich auf den 15. Juli. Damals hat der Justizpalast gebrannt, damals hat es sich darum gehandelt, ob das Militär aufgeboten werden soll, in höchster Not einer Reihe von Justiz- und Wachleuten, wo viele an ihrem Leben gefährdet waren. Damals ist der Herr Landeshauptmann von Wien auf einen Feuerwehrtwagen gestiegen, um mit den Demonstranten zu verhandeln. (Rufe: „Hört!“) Ich bitte, er ist hingefahren, aber es ist abgelehnt worden, zu verhandeln. Ich mache ihm keinen Vorwurf daraus, er hat es versucht, er wollte auch vermeiden, Blut zu vergießen, obwohl die Situation für das Leben dieser Männer damals zweifellos eine viel gefährlichere war.

Sie stellen an mich noch die Anfrage, wie ich mich zu solchen Ereignissen stelle, ob ich die nötigen Vorkehrungen treffe. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß ich in den ganzen zehn Jahren, wo ich die Geschicke dieses Landes geleitet habe, selbstverständlich jede Art von Ungefeßlichkeit — Sie gebrauchen den Ausdruck „verurteilt“ — verurteilt habe und es ist selbstverständlich, daß ich auch alle Ungefeßlichkeiten, die am 13. September geschehen sind, von wem immer, natürlich auch verurteile. Es ist auch selbstverständlich, daß ich meiner Pflicht, für die genaue Einhaltung der

Gesetze zu sorgen, auch in Zukunft nachkommen und die nötigen Vorkehrungen treffen werde. Das ist selbstverständlich und steht ja mit meiner ganzen Einstellung als Landeshauptmann im Zusammenhang. (S a n s m a n n : „Ganz richtig!“)

So möchte ich also das Schwergewicht darauf legen, hier zu betonen, daß ich die schweren Angriffe, die Sie gegen die Exekutivorgane und gegen die Justiz erhoben haben, noch einmal zurückweise und möchte nochmals sagen, daß ich die Gesetze so, wie ich es in meiner bisherigen Verwaltungstätigkeit geübt habe, auch in der Zukunft weiter anzuwenden gedenke. (Beifall auf der rechten Seite des Hauses.)

Leichin : Ich beantrage die Eröffnung der Wechselrede und melde mich zum Wort.

Präsident : Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Die Unterstützung wird gegeben.) Das Wort hat Herr Landesrat **Leichin**, Redezeit 20 Minuten.

Leichin : Hohes Haus! Ich möchte gleich eingangs meiner Rede darauf verweisen, daß, wenn es am 13. September nicht zu erheblichen, blutigen, gefährlichen Konflikten kam, es ausschließlich der Ruhe und Besonnenheit der Arbeiterklasse zuzuschreiben war. Dabei berufe ich mich auf ein Zeugnis der Heimwehr selbst, die an den Tagen nach dem Putsch, am 14. und 15. September, an alle bürgerlichen Zeitungen eine Mitteilung versendet hat, in der es heißen hat, daß sie erstens enttäuscht darüber gewesen sind, daß die Bauern nicht in Massen zu ihnen gestoßen sind und zweitens, daß sie geglaubt haben, daß, wenn sie bewaffnet auf die Straße ziehen, die Arbeiter empört sein werden und ebenfalls zu den Waffen greifen werden. Leider, so heißt es in dieser Mitteilung, sind die Arbeiter nur dem Kommando und den Befehlen ihrer Führer gefolgt. Daraus erkennen Sie alle, daß, wenn es am 13. September zu keinem Blutvergießen kam, dies nicht dem guten oder bösen Willen der Heimwehr zuzuschreiben ist, auch nicht zuzuschreiben ist unserem Herrn Landeshauptmann, sondern ausschließlich dem besonnenen und ruhigen Verhalten der Arbeiterschaft.

Wir haben schon wiederholt in sehr gefährlichen ähnlichen Dingen in diesem hohen Hause eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gerichtet und mußten bisher leider immer feststellen, daß seine Antwort nie konkret gewesen ist, konkret in dem Sinne, daß er mit einem Ja oder Nein, geantwortet hätte. Alle seine Antworten waren zwiespältiger Natur. So hat er heute unseren Parteigenossen **Ma ch o l d** hier angeklagt, daß er am 13. September ihm gegenüber erklärt hätte: „Lassen sie schießen.“ Herr Landeshauptmann, ich erinnere Sie daran, daß wir schon einmal in Steiermark einen sehr gefährlichen Tag erlebt haben, einen Tag, wo sich bewaffnete Massen dieses Landes gegenüber standen. Es war in Judenburg. Sie wissen sehr gut, Herr Landeshauptmann, daß wir damals alles aufgeboten haben, damit es nicht zum Blutvergießen kam, weil wir uns sagten, daß es um jeden Menschen, um jeden Blutstropfen schade ist. (**M e y s z n e r** : „Weil ich Ihnen damals guten Morgen gewünscht habe und gesagt habe, Sie sollen aufpassen, daß Sie nicht zu spät kommen!“) Sie

wissen ganz genau, Herr Landeshauptmann, daß mit diesen Mitteln, die heute uns beherrschenden Probleme der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftsnot unter den Bauern und Gewerbetreibenden nicht gelöst werden können. Sie wissen auch umgekehrt sehr genau, daß gerade gegenwärtig durch solche Erscheinungen die Wirtschaftsnot in Österreich nur noch gesteigert wird. Ich glaube, daß Sie alle darüber unterrichtet sein sollten, daß nach solchen Putschen immer wieder diese Wirtschaftskatastrophen mächtiger einsetzen, gefördert und gesteigert werden. Darum sind wir der Meinung, der Herr Landeshauptmann hätte alles aufbieten müssen, daß dieser Putsch sofort oder so rasch als möglich erledigt worden wäre. Wir haben aber in allen solchen Dingen, mit Ausnahme von heute, nie ein klares Ja oder Nein gehört, nie einen eindeutigen Willen wahrnehmen können. Heute hat der Herr Landeshauptmann gesagt, daß er gegen den Putsch ist, und daß er alle geseglichen Mittel anwenden wolle, wenn sich irgend jemand in diesem Lande gegen die Gesetze vergeht. Eine solche klare Antwort, wenn ich sie klar nennen darf, haben wir bisher nie bekommen. Wir wissen, daß das Verhalten des Herr Landeshauptmannes immer zwiespältiger Natur gewesen ist und das ist auch die Ursache, daß unsere hohen Beamten in der Landesregierung, unsere verantwortlichen Beamten bei den Bezirkshauptmannschaften nie gewußt haben, wie sie handeln sollen, nie gewußt haben, ob sie nach dem Gesetze oder so handeln sollen, wie es etwa dem Herrn Landeshauptmann beliebt, ihm angenehm wäre und zu seiner politischen Einstellung paßt. Das ist auch die Ursache des Verhaltens der Bezirkshauptmänner am 13. September. Ich habe selbst eine solche Situation persönlich miterlebt. Ich bin am 13. September zwischen $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$ 6 Uhr früh in Stainach im Namen der Diktatur der Heimwehr verhaftet worden. Die mich verhaftenden Hahnenschwänzer erklärten mir, **P f r i m e r** habe die Macht im Staate ergriffen. Nachdem ich sie aus meinem Hotelzimmer drängte, haben sie die Türe des Zimmers mit den Gewehrkolben eingeschlagen, um meiner habhaft zu werden. 16 Mann, schwer bewaffnet (**H o r n i k** : „Mit Kanonen!“), haben mich zum Auto eskortiert. Ein Bauernburtsche ist neben mir gegangen, und hat den Revolver beständig auf mich gerichtet, damit ich nicht entwische. Diese Tatsache allein zeigt, daß dieser Putsch planmäßig vorbereitet gewesen ist, und daß diese Leute Waffen jeder Art in Massen hatten. Es dürfte schon richtig sein, was wiederholt behauptet wurde, daß diese Waffen aus militärischen Magazinen gestohlen (**M e y s z n e r** : „Aus dem Arsenal!“) wurden, wobei Offiziere mithalfen. Anders ist es nicht erklärlich, wenn man gesehen hat, wie in Liezen eine große Anzahl Maschinengewehre, auf Autos aufmontiert, durchgeführt wurden, um sie in Rottenmann und in Selztal vor dem Rathaus und auf offener Straße gegen die Menge schußbereit aufzustellen. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Heimwehrunternehmung am 13. September nicht so harmloser Natur gewesen ist, der Herr Landeshauptmann ohne Zweifel die Pflicht gehabt hätte dafür zu sorgen, den Putschversuch sofort zu unterdrücken, um ihn dadurch auch für die Zukunft unmöglich zu machen.

(Meyßner: „Dann hätten Sie halt freie Bahn!“) Nach meiner Verhaftung wurde ich in Liezen interniert. Gerade meine Internierung in Liezen, zeigte, mit welcher Unverantwortlichkeit und Frivolität diese Leute an ihr Werk gingen. Vor meiner Tür, die abgesperrt gewesen ist, hat ein Kind, ein 15jähriger Bub, mit aufgeflepptem Gewehr gestanden. (Hornik: „Das war ein Kindergewehr!“ — Heiterkeit. — Pichler: „Das war nur eine Ehrengarde, Herr Kollega!“) Ich verstehe, wenn das Volk oder das Land in großer Gefahr ist, daß man jeden Buben mit 15 Jahren ein Gewehr in die Hand gibt, was aber hier gemacht wurde ist ein gemeines Verbrechen an dem 15jährigen Buben, der sich über den Zweck der ihm zugeteilten Aufgabe überhaupt kein Bild machen konnte. Als ich beim Landesgericht wegen meiner Verhaftung und Internierung einvernommen wurde, habe ich aus dem Protokoll, das mir der Richter vorgelesen hat, erfahren, daß der 15jährige Bub mit einem Gewehr, Bajonett und 20 scharfen Patronen ausgerüstet war, und daß er weiters den Auftrag hatte, auf mich scharf zu schießen, wenn ich flüchten oder Widerstand leisten sollte. Das zeigt, mit welcher Unverantwortlichkeit sie Kindern Gewehre in die Hand geben, um sie zu ihrem verbrecherischen Zweck zu mißbrauchen. Wenn man nun weiß, daß jeder diesen politischen Wegelagerern ausgeliefert ist, so sind das keine harmlosen Dinge mehr, wie es versucht wurde, von der Heimwehr darzustellen, weshalb wir verlangen müssen, daß der Herr Landeshauptmann mit viel mehr Energie und unzweideutiger als bisher diesen Dingen an den Leib rückt.

Was ich am 13. September erlebte, hat ja auch Ihren Parteigenossen Bundesrat Dötkling getroffen. Sie wissen alle, daß Bundesrat Dötkling schwer herzleidend ist. Bei Nacht hat man ihn aus seiner Behausung herausgeholt und sein Leben auf's Spiel gesetzt. Daraus ersehen Sie, daß sich diese brutale Gewaltanwendung nicht nur gegen uns, sondern auch gegen Ihre Parteigenossen, also gegen Angehörige der christlichsozialen Partei und des Landbundes richtete, von denen der Abg. Thoma verhaftet und in Irdening interniert wurde. Wir sind keine Feinde revolutionärer Umwälzungen; nennen wir uns doch mit Stolz eine revolutionäre Partei. Ich gehöre dieser revolutionären Partei seit dem Jahre 1895 an und bin stolz darauf, dieser proletarischen Partei dienen zu dürfen. Wir verstehen aber unter Revolution ein zielbewußtes, klares Vorgehen (Meyßner: à la 15. Juli!) gegen das Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, um sie auf demokratischem Wege mit demokratischen Mitteln umzuwälzen. Sie werden in keiner politischen Schrift der sozialdemokratischen Partei finden, daß wir die Gewalt als Mittel zum Umsturz der Wirtschaftsverhältnisse angepriesen hätten. Gerade weil wir eine demokratisch-revolutionäre Partei sind, verurteilen wir diese Art des Kampfes, da wir wissen, daß wir mit diesen Mitteln nicht das erreichen, was zum Wohle der gesamten Bevölkerung notwendig ist.

Das zwiespältige und zögernde Verhalten der Bezirkshauptleute am 13. September wirft ein ganz merkwürdiges Licht auf die Verhältnisse bei uns in Steiermark. Ich verurteile und klage die Bezirkshauptleute

nicht an, sondern nur den Herrn Landeshauptmann, da er der intellektuelle Urheber dieses Verhaltens der Bezirkshauptleute ist. Der Bezirkshauptmann von Liezen, der gewußt hatte, daß ich im Hotel Fuchs interniert war, ist erst um $\frac{3}{2}$ Uhr nachmittags zu mir gekommen. Und wie er sich von mir empfohlen hatte, wollte er meine Zimmertüre hinter sich wieder absperren. Dabei scheint ihm doch zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß er ein Mitglied der Landesregierung nicht einsperren kann. Er steckte deshalb noch einmal den Kopf zur Türe herein und sagte: „Verzeihen Sie, Herr Landesrat, ich muß wieder absperren. Sicher hat er von der Leitung der Heimwehr dazu den Auftrag erhalten.“ (Meyßner: „Damit der Bub nicht hinein kann!“) Daraus ist zu erkennen, daß der Bezirkshauptmann nicht böswillig so gehandelt hat, sondern daß er so handelte oder so handeln zu müssen glaubte, wie es immer den Intentionen des Landeshauptmannes entspricht, der sich nie klar darüber ausdrückte, wie er über die Heimwehrbewegung denkt, aber auch nie den verantwortlichen Beamten klare Richtlinien darüber gegeben hat, wie sie sich in solchen Fällen zu verhalten haben. Glauben Sie, daß eine solche Handlung eines Bezirkshauptmannes vor dem Kriege möglich gewesen wäre; ihm hätte auch nur zugemutet werden können? Lieber wäre er tot am Plage liegen geblieben. Wenn das heute anders ist, wenn die Autorität untergraben ist, so haben wir das nur dem schwankenden und unklaren Verhalten unseres Landeshauptmannes zu verdanken. In Oberösterreich und Salzburg haben wir Landeshauptleute, auf die man sich verlassen kann, dort gibt es solche Dinge nicht. Aber nicht nur in Liezen hat der Bezirkshauptmann versagt. In Gröbming war das Verhalten des Bezirkshauptmannes noch viel charakteristischer. Da erlebten wir, daß der Bezirkshauptmann ohne jedes Wort dem Kommandanten der Heimwehr, dem Oberlehrer Vizthum aus Schladming, die Kanzlei der Bezirkshauptmannschaft einfach überließ. Der Postbeamte dagegen war klug genug, sich von der Heimwehr einen Revers ausstellen zu lassen, daß er nur der Gewalt gewichen ist, der Bezirkshauptmann verläßt freiwillig seinen Platz. Als ihm der Postbeamte erklärte: „Sie haben Gelegenheit mit Graz zu telephonieren und sich mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen“, dankte er für diese Verbindung. Sieher war er der Meinung in den Intentionen des Landeshauptmannes gehandelt zu haben. Bei der Bezirkshauptmannschaft von Leibnitz war es nicht anders. Der Bezirkshauptmann in Leibnitz verhandelte mit dem Heimwehrkommando in dem Moment, als dieses mit einer Abteilung die letzten Übungen vornahm. In Bruck erlebten wir es, daß in der Nacht der Vertreter der Bezirkshauptmannschaft mit der Heimwehr gemeinsam Pläne schmiedete. (Meyßner: „Haben Sie zugehört?“ — Hornik: „Sie sind ein qualifizierter Verleumder!“) Es haben sich am 13. September in Steiermark Dinge ereignet, die in keinem anderen Bundeslande möglich wären, das war nur möglich, weil wir hier in Steiermark leider einen Landeshauptmann haben, der nicht klar seine Stellung präzisiert und den Bezirkshauptmannschaften nicht klar sagt, wie sie sich solchen Ereignissen

gegenüber zu verhalten haben. (Pichler: „Herr Kollege, das sind ja nur Angstträume, die Sie in Liezen gehabt haben!“ — Heiterkeit.) Das sind nicht Angstträume! Wir haben gefährlichere Situationen in der Arbeiterbewegung mitgemacht, in die Sie nie kommen werden. Ich will Ihnen nur sagen, daß gerade wir es waren, die in der schwierigsten Zeit, nach dem Umsturz, in Graz alles aufgeboten haben, damit die Bürger ruhig schlafen konnten, und daß wir es waren, die den Kommunismus verhinderten. (Pichler: „Also Ehrenbürger von Steiermark!“)

Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, er habe bei der Exekutive alles untersucht und es habe sich nicht nachweisen lassen, daß dort auch nur der kleinste Verstoß vorgekommen ist, der mit den Ereignissen vom 13. September in Verbindung gebracht werden könnte. Ich werde ihm beweisen, daß ein Teil der Gendarmerie in engster Verbindung mit der Heimwehr steht. Am 24. September habe ich an den Gendarmeriedirektor Thienel die Anzeige darüber erstattet, wo sich Heimwehrwaffen befinden und habe ich ihn aufgefordert, die Waffen in Beschlag nehmen zu lassen. Ich habe in meiner Anzeige fünf Lokalitäten bekanntgegeben, wo sich die Waffen befinden sollen. Am 27. September ist laut Poststempel ein Brief von Graz nach Gleichenberg abgegangen, in welchem auf die erstattete Anzeige aufmerksam gemacht wurde. Ich behaupte nicht, daß Gendarmeriedirektor Thienel den Brief geschrieben hat, sondern bin davon überzeugt, daß es seine engsten Kollegen gewesen sind, die ihre Gleichenberger Kameraden warnten. Dieser Brief lautet (liest): „Hochverehrter Herr! Durch einen Zufall bin ich zur Kenntnis gelangt (Hornik: „Haben Sie den Brief bekommen?“), daß die dortige sozialdemokratische Lokalorganisation an die Behörde die Anzeige erstattet hat, daß in Gleichenberg Heimwehrwaffen deponiert sind (Meyssner: „Das hätten Sie dem Lust überlassen sollen, der bringt immer die neuesten Nachrichten!“), und zwar im Hotel Annenhof, Hotel Theresienhof, Villa Straßburg und beim Sodawasserfabrikanten Franz Scheucher. Ich bringe, hochverehrter Herr, dies Ihnen zur Kenntnis mit dem Ersuchen, das Nötige veranlassen zu wollen, da in wenigen Tagen die Richtigkeit meiner Angaben sich durch eine behördliche Hausdurchsuchung bei den obgenannten bestätigen wird. Herrn Scheucher habe ich bereits verständigt. — Es sind also zwei Briefe nach Gleichenberg geschrieben worden. — Sehr geehrter Herr, Sie kennen mich gut, doch kann ich dermalen wegen meiner Stellung meinen Namen nicht preisgeben. Diskretion erbeten. Ein Heimatschutzkamerad.“ (Meyssner: „Haben Sie den Brief nicht selbst geschrieben?“) Meine sehr Verehrten, daß, wenn in dieser Zeit an den Gendarmeriedirektor Anzeigen gemacht werden, diese Anzeigen von den Beamten des Gendarmerie-Direktoriums dazu mißbraucht werden um, statt die Angezeigten und ihre Verbrechen zu verfolgen, sie zu warnen, so muß man es verstehen, wenn in Zukunft zu dieser Gendarmerie kein anständiger Staatsbürger mehr Vertrauen hat. (Meyssner: „Was hat der Deutsch gemacht?“)

Ich will nun erklären, daß wir mit der Antwort des Herrn Landeshauptmannes absolut nicht einverstanden

sind. (Dr. Illig: „Es kommt auch darauf gar nicht an!“ — Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob es darauf nicht ankommt und ich weiß nicht, ob der Herr Landeshauptmann von so leichtfertiger Gesinnung und Auffassung ist, wie Sie, Herr Dr. Illig. Es scheint mir, daß er doch ernster zu nehmen ist, als Sie. Ich will weiter sagen, daß wir in der gegenwärtigen Zeit dieser furchtbaren Wirtschaftsnot schon deshalb auch eine andere Antwort vom Herrn Landeshauptmann erwartet hätten, weil wir in dieser Wirtschaftsnot wirklich alles dringender bedürfen als Putschabsichten und Putschhandlungen.

Wir fürchten zwar vom Standpunkte unserer Partei diesen Putsch nicht, aber wir alle müßten wissen, daß dieser Putsch keinem Menschen in diesem Staate irgendwie geholfen oder gedient hätte. Es ist gleichgültig wer morgen oder übermorgen in diesem Staate die Regierung in die Hand nimmt; er kann oder wird, so lange diese Verhältnisse bestehen, daran nichts ändern können, ausgenommen, er würde jener Planwirtschaft zum Siege verhelfen, die wir am 13. September mit unserem Wirtschaftsprogramme veröffentlichten. (Pichler: „Siehe Rußland!“) Gerade deshalb, weil die Not der Arbeiter und Bauern so furchtbar ist, gerade deshalb hätten wir erwartet, daß angesichts dieser Verhältnisse der Landeshauptmann (Hornik: „Den Antrag stellt, das sozialdemokratische Programm durchzuführen!“) aufgestanden wäre und erklärt hätte, daß er in Zukunft allen diesen unverantwortlichen Verbrechen am Volke und seiner Wirtschaft mit allem Ernste entgegentreten wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hornik: Hoher Landtag! Wenn wir die Begründung der dringlichen Anfrage des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Machold mit den Ausführungen des Herrn Abg. Leichin vergleichen (Die Sozialdemokraten verlassen den Saal. — Rufe bei den Christlich-sozialen: „Bleibt da! Jetzt haben sie Angst!“), so finden wir, daß der eine den Heimwehputsch vom 13. September als Operette und Kinderei, als etwas ganz Unbedeutendes hinstellt, während der andere die überaus große Gefährlichkeit und das Ungeheuerliche des Verbrechens zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht hat. Je nachdem, wie es der eine oder der andere der Herren braucht, werden die Ereignisse vom 13. September einmal ganz nebensächlich und unbedeutend, das andere Mal als überaus schwer und ernst hingestellt. Ich gestehe ganz offen, daß das Ereignis vom 13. September zweifellos keine Kinderei war, ebensowenig wie es Kinderei und Spiel ist, daß die Verhältnisse in diesem Staate so weit gediehen und dadurch derartige Ausbrüche möglich sind. Wenn die sozialdemokratischen Herren Vorredner dartun, daß es nur deshalb zu keinem Blutvergießen gekommen ist, weil die Gendarmen nicht rechtzeitig mit der nötigen Energie eingegriffen haben, so glaube ich ihnen aufs Wort, daß es ihnen womöglich um Blutvergießen zu tun war. Wir haben es bisher in diesem Staate nicht erlebt, Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold und Herr Landesrat Leichin, daß die sozialdemokratische Partei niemals einen Appell an die Gewalt gerichtet hätte. Wir müßten da ja sehr, sehr weit zu-

rückgreifen in jene Tage, wo von der sozialdemokratischen Partei kaum noch embryonale Ansätze gewesen sind. Aber seit jenen Tagen haben Sie nicht nur behauptet, daß Sie eine revolutionäre Partei sind, sondern Sie haben es immer bewiesen und häufig genug mit Gewalt bewiesen, daß Sie eine revolutionäre Partei sind. Wenn Sie heute Revolution mit Evolution verwechseln wollen, wenn Sie heute die revolutionäre Partei aufgeben und nur mit den Mitteln der Gesellichkeit Ihr Ziel erreichen wollen, so glaube ich Ihnen ebenfalls aufs Wort, daß das Ihre jetzigen Absichten sind. Warum? Weil Sie in diesem Staate von der grundlegenden Verfassung angefangen bis heute durch alle möglichen Mittel, durch Druck, Vergewaltigung und List jene Art von Gesetzen erzwungen haben, welche Ihnen die Mittel in die Hand geben, das zu erreichen, was Sie sich zum Ziel gesetzt haben, die Diktatur des Proletariats, alias sozialistische Republik, alias Sowjetwirtschaft, wie in Rußland. Sie gestehen es auch ganz offen ein, Sie sagen, wir werden mit den Mitteln der Demokratie unser Ziel verfolgen, aber wehe, wenn sich die Bourgeoisie nicht kalt abschlagen läßt, wenn sie sich nicht alles ruhig gefallen läßt, wenn sie nicht den Einfluß aufgibt, den Sie gerne selbst hätten und doch noch nicht erreicht haben, um restlos Ihre Macht auszuüben, und wenn sie nicht wartet, bis Sie Ihren Terror aufrichten, wie wir es in anderen Ländern gesehen und von Ihnen in Österreich wiederholt erlebt haben, mit einem Wort, wenn sie sich gegen das Sowjetssystem auflehnt, dann werden wir auch mit den Mitteln der Gewalt unser Ziel erreichen. Wenn Sie das leugnen, dann lesen Sie die betreffende Stelle im sozialdemokratischen Linzer Programm. Ich glaube, ich habe es sogar schon vor einiger Zeit hier zu Gehör gebracht. Ich werde es Ihnen beweisen, daß Ihre Revolution gar nicht so harmlos ist. Das beweist schon die scheinbare Ungefährlichkeit Ihrer revolutionären Einstellung und wird zweifellos auch nicht dadurch widerlegt, daß der republikanische Schutzbund irgend ein Gesangsverein ist, der nur Gesänge einübt, die allerdings einen Klang haben, der mit Gewalt und brutalem Terror einigermaßen verwandt ist.

Sie haben der Exekutive dieses Landes kein glänzendes Zeugnis ausgestellt, ich glaube deswegen, weil diese Exekutive sich bisher von parteipolitischen Einflüssen freigehalten hat — auch von unseren — aber wenn sie das tun würden, was Sie haben wollen und wie es Dr. Bauer in seiner Broschüre „Kampf um die Macht“ sagt, wenn sie Arm in Arm mit dem Schutzbund ginge, dann glaube ich, würden Sie einer solchen Exekutive ein glänzendes Zeugnis ausstellen. Aber weil sie das nicht getan hat, glauben Sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen zu können, ohne der Gendarmerie, Polizei oder den Gerichtsbehörden ein Klampferl anzuhängen. Sie beklagen sich darüber, daß maßgebende Behörden mit Putzschiffen am 13. September verhandelt und nicht gleich einen Haftbefehl gegen diese erlassen haben. Es wurde schon in der Antwort des Herrn Landeshauptmannes darauf hingewiesen, daß bei anderen Gelegenheiten, bei denen die Sozialdemokraten auch nicht gerade mit Friedenspalmen im Unschuldskleide auf die Straße gegangen sind, daß bei

anderen Gelegenheiten auch verhandelt wurde. Es wurde allerdings am 17. Juli 1927 in Bruck a. d. M. nicht verhandelt, weil nicht verhandelt werden konnte. Dort wurde allerdings von Ihrem Genossen Wallisch sofort diktiert, ebenso von jenem Herrn, der heute als pragmatisierter Angestellter im Stadtmate Bruck sitzt. Dort wurde der Bezirkshauptmann und die Beamten des Bezirksgerichtes am Arbeiten verhindert, dort wurde auf den Tisch geschlagen und erklärt, „hier wird heute nicht gearbeitet, Sie werden sofort das Amt verlassen“, da ist allerdings ein Verhandeln nicht möglich. Wir sehen also sehr genau, daß man mit den Heimatschützern verhandeln kann. Das bestätigt auch der Ausspruch Ihres etwas robusten Agitators Wallisch, den er erst vor kurzem gemacht hat, daß nämlich jetzt bald die Sozialdemokraten auf die Straße gehen und in ganz anderer Weise vorgehen werden, so daß man nicht mehr verhandeln wird können, weil dann die Gewehre etwas leichter löscher.

Ich möchte, um Ihnen auch noch in Erinnerung zu rufen, wie weit es mit Ihren Friedensgefängen und Ihrem friedlichen Einvernehmen her ist, auf ein Ereignis zu sprechen kommen, das sich allerdings schon etwas früher zugetragen hat, aber doch schon in eine Zeit fällt, wo man annehmen konnte, daß die beruhigenden Pillen, die die sozialdemokratischen Führer nach dem Umsturze mittels dieser verlogenen Demokratie ihren Massen eingegeben haben, ihre Wirkung schon einmal hätten tun können. Da war im Jahre 1920 auch wieder einmal so eine Gelegenheit, irgend etwas für die sozialdemokratische Partei gesetzlich verankern zu müssen, und da mußte man natürlich die Bauern und Bürger dieses Staates so niederhalten, daß ihre Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften unter dem nötigen Drucke standen. Da haben auf einmal die Betriebsräte der Firma Felten und Guillaume in Diemlach das Bedürfnis gehabt in der Wohnung des Beamten Brunnstainer in Bärndorf Nachschau zu halten, um dort Waffen zu finden. Da wurde dieser Brunnstainer auf eine denunziatorische Anzeige hin von einer Meute von einigen 100 Mann in die Mitte genommen und von ihm die Herausgabe eines Maschinengewehres, das bei ihm versteckt sei und die Herausgabe von Gewehren gefordert. Als er erklärte, er habe weder Gewehre noch ein Maschinengewehr, wurde er aus seiner Wohnung herausgeführt, seine Wohnung durchsucht, und obwohl man alles umgedreht und nichts gefunden hatte, wurde der Mann hinausgeschleppt, am Holzlagerplatz unter einen Baum gestellt, einer der Leute kroch auf den Baum und besetzte eine Schlinge, die man Brunnstainer über den Kopf zog. Dann fragte man ihn noch einmal, wo das Maschinengewehr sei. Als er antwortete, er habe keines, hat der Führer dieser Gesellschaft erklärt „Wenn Sie bei der nächsten Frage nach diesem Maschinengewehr nicht die Antwort geben, wo es ist, dann werden Sie kurzerhand gehängt“. (Schranz: „Sozialdemokratische Methoden!“) Wenn nicht in diesem Augenblicke zwei Vorübergehende einspringen und die Leute abhalten, so wird das zweite Mal gefragt, und der arme Teufel baumelt. Nie war dort ein Maschinengewehr zu finden, aber man hat damals genau so Anzeigen konstruiert, wie es bei-

spielsweise Herr Landesrat Leichin hier von der Landesregierung gemacht hat, welcher der Staatsanwaltschaft gegen 2000 Anzeigen übermittelt haben soll. Ich bitte aber, die Ziffer ist nicht garantiert, sie kann auch noch einige Hundert darüber ausmachen.

Wir haben es auch in anderen Fällen sehr deutlich gesehen, mit welchen friedfertigen Mitteln, mit welchen Kampfmitteln des Geistes die sozialdemokratischen Führer in Österreich ihre Gegner bekehren wollen. Da hat sich ein Brucker Bürger zu der Äußerung hinreißen lassen, er würde sich mit allen Mitteln gegen den Terror des roten Bürgermeisters zur Wehre setzen. Das hat genügt, daß man bei einer sozialdemokratischen Massenversammlung, die am Hauptplatz stattfand, unter Führung von sozialdemokratischen Gemeinderäten, also nicht irgend welchen unverantwortlichen Elementen, diesen Mann aus seiner Wohnung holte, wie ein Stück Vieh durch die Straßen trieb, auf das Rathaus hinaufführte und ihn in Gegenwart des Bürgermeisters, in Gegenwart des Nationalrates Doktor Eisler und der ehemaligen Landtagsabgeordneten Tausk so verprügelte und blutig schlug, daß der Mann wochenlang im Spital an schweren Körperverletzungen gelegen ist (Rufe: „Hört!“). Was dort der Frau Abg. Tausk passiert ist und was dem Dr. Eisler von seinen eigenen Parteigenossen passiert ist, brauche ich nicht zu erwähnen, aber so sehen die friedfertigen Vertreter aus und die sozialdemokratischen Friedensengel, wenn sie die Friedenspalmen durch die Straße haufieren tragen, indem sie glauben, damit Eindruck auf die nicht mehr denkenden Bevölkerungskreise erwecken zu können. Wir haben auch in diesem Landtage Debatten darüber geführt und ich könnte die Zahl der Beweise für Ihre Friedfertigkeit noch stundenlang führen, aber ich glaube nicht, daß ich Sie überzeugen würde, Sie brauchen auch nicht überzeugt werden, Sie wissen es selbst am allerbesten, aber bilden Sie sich doch nicht mehr ein, daß die Massen das auch noch glauben, was Sie ihnen schon als alten Kohl zum hundertsten Male seit 13 Jahren und noch länger vorsetzen. Die Massen und Ihre Parteianhänger werden schließlich selbst darauf kommen, welch herrliches Paradies Sie mit Ihrer Demokratie eingerichtet haben. Wir wissen sehr wohl, daß die Sozialdemokraten mit ihren Schutzengeln, mit diesen großkapitalistischen Spekulanten, unserem armen Volke jenen Strick gedreht haben, der langsam am Zusammenziehen ist. Sie haben es leider sehr gut verstanden, sich alle jene Stellen dienstbar zu machen, die geeignet sind, das Elend des Volkes herbeizuführen und wenn es da ist, dann kommen Sie mit schönen Programmen und Redensarten, aber wenn es sich wirklich darum handelt, diesen Staat und diese Volkswirtschaft zu retten, um sie aus solchen Klauen zu befreien, dann versagen Sie, dann stürzen Sie dieses Volk in eine noch tiefere Knechtschaft, die aber schließlich und endlich nicht zu einem Schaden der sozialdemokratischen Führer ausartet. Sie haben ja zweifellos noch gute Beziehungen, vielleicht über Herrn Bosek zu jenen Kreisen, die Ihnen angeblich sonst so ferne und feindlich gegenüberstehen. Ich will mich mit diesen Fällen nicht weiter beschäftigen, aber die Art und Weise wie Sie Beunruhigung in den letzten

Wochen in die Bevölkerung getragen haben, wie Sie immer wieder neue Putzche auferstehen ließen, diese Taktik muß aufgezeigt werden. Sie haben eben nicht mehr den Mut aufgebracht zu sagen, die Ereignisse des 13. September seien die Folge eines wirtschaftlichen Niederbruches gewesen, welchen Sie einige Monate vorher in glänzender Weise herbeiführen geholfen haben.

Daß die Sozialdemokraten für unsere Justizverwaltung keine Sympathie haben, das gebe ich ohneweiters zu, obwohl sie alle Ursache hätten, ihr dankbar zu sein. Wir fragen uns nämlich: Sind denn die Ereignisse des Juli 1927, sind die denn schon ganz aus Ihrem Gedächtnisse verschwunden? Haben Sie denn wirklich vergessen, was in diesen Tagen des Juli 1927 sich ereignet hat? Und wenn Sie nun eine Parallele zwischen damals und jetzt ziehen, so wäre es sehr interessant, von Ihnen zu erfahren, welcher Schaden damals in unserem Staate angerichtet wurde, welcher Schaden damals unserer Volkswirtschaft zugefügt wurde, und zu hören, welchen Schaden jetzt unsere Volkswirtschaft aus den Septemberereignissen zu erleiden hatte. Wo ist denn eine Generalfreiksanordnung gewesen, wo sind denn die Passierscheine gewesen, welche mit einer Tare je nach der Güte des betreffenden Schutzbundführers belegt wurden, wo sind die Einstellungen von Post und Telegraph gewesen, wo sind Brandstiftungen vorgekommen, die der Herr Kollege Pfortner mit seinem Zündholzschachtel auch nach dem 15. Juli 1927 in Versammlungen angekündigt hat und die bei sozialdemokratischen Unterläufern ein beliebtes Kampfmittel sein sollen? Wo haben wir denn viele Hunderttausende von Schilling Schaden an Staatsgut angerichtet? Ja, allerdings, wir geben zu, daß schließlich und endlich Not und Elend Verzweiflungsausbrüche auf allen Seiten hervorrufen können. Daß aber die Massen am 13. September gar nicht so aufgewühlt waren und sich gar nicht so bedroht gefühlt haben, das habe ich noch am Tage des 13. September in Bruck aus dem Munde von Schutzbündlern selbst gehört. Sie haben sich sehr überrascht gestellt und haben erklärt: „Es ist uns gleichgültig, wer dort oben Ordnung macht, wenn Ihr es nur nicht schlechter macht als es jetzt ist.“ Wir waren ganz zufrieden mit dieser Beurteilung, allerdings waren die Herren Kommandanten des Schutzbundes unter Führung des Herrn Landesrates Oberzaucher, ihres Oberkommandanten, dann anderer Meinung als diese Menschen und haben in kurzer Zeit wieder Pulver in die Röhren füllen müssen.

Wir geben ohneweiters zu, daß die Durchführung der Aktion vom 13. September nicht in jener Art erfolgt ist, daß von allem Anfang an derart verbrecherische und vernichtende Schläge geführt wurden, wie sie im Konzept anderer Wehrformationen liegen. Wir haben ja schon deutliche Anzeichen dafür und sehen auch die Vorbereitungen der gegnerischen Wehrformation, des Schutzbundes, für eine Aktion der Sozialdemokraten ganz vor unseren Augen. Wir sehen die Erzeugung ganz interessanter Handgranaten, gefüllt mit Sprengstoff friedfertiger Art (Rottenmänner: „Geistige Waffen!“), wir sehen eine ganz wunderbare Ausrüstung mit Maschinengewehren, also

jedenfalls lauter demokratische Mittel friedfertigster Arbeit, nur Waffen geistiger Art, allerdings geeignet, jeden Geist auszublafen . . .

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Redner, die 20 Minuten Redezeit sind vorüber.

Hornik (fortfahrend): Ich bin sofort fertig, — aber nicht den Geist in den eigenen Reihen, sondern den in den Reihen der unbeliebten und Ihnen den Straßenterror nicht mehr gestattenden Gegner. Meine Herren Sozialdemokraten, machen Sie es nur so weiter, wie Sie es bisher getrieben haben, Sie können uns keinen besseren Gefallen erweisen, als daß Sie in derselben Richtung wie bisher das Volk dem Elende zuführen. Auf Ihr Haupt und auf Ihr Konto fällt die Hauptschuld dafür, daß heute in diesem Staate so traurige Verhältnisse sind, daß eine derartige Mißwirtschaft möglich geworden ist. Wenn Sie sich auch in der Öffentlichkeit, wenn Sie sich auch in der Bevölkerung als Reinmacher hinstellen, so könnte man Ihnen erst dann eine ehrliche Absicht zubilligen, wenn in Ihren eigenen Reihen wirklich alles so rein wäre. Wir werden noch Gelegenheit haben, uns auch darüber zu unterhalten, wie weit es mit der Reinheit und Sauberkeit in Ihren eigenen Reihen bestellt ist, wir werden Gelegenheit haben, es Ihnen zu beweisen, daß Sie kein Recht haben, sich als Reinlichkeitsmacher aufzuspielen. Ebensovienig wie Ihnen die Bevölkerung Ihre Friedfertigkeit glaubt, ebensovienig glaubt sie Ihren Versprechungen, daß es Ihnen mit Ihren Vorschlägen, ob sie nun auf Parteitage oder hier vorgebracht werden oder ob sie in Ihren Zeitungen geschmiert werden, daß es Ihnen mit diesen Ihren Vorschlägen je ernst ist mit einer Besserung. Das Volk hat Sie durchschaut und Sie werden bald in ganz anderer Weise als vor einem Jahre die Rechnung präsentiert bekommen. Ob Sie die noch werden bezahlen können, wird davon abhängen, ob Sie noch dazu das Geld haben, beziehungsweise wieviel Sie der öffentlichen Wirtschaft und der Bevölkerung noch gelassen haben. (Beifall beim Heimatblock.)

Ferner: Hohes Haus! Wir fühlen uns verpflichtet, die Stimmung der Bauernschaft über den 13. September hier in diesem hohen Hause auch zur Kenntnis zu bringen. Die Bauern, die gesamte Bauernschaft kann man sagen, steht auf demokratisch republikanischer Grundlage; der Bauer ist immer für Ruhe und Ordnung (**Hornik**: „Daß man ihm in Ruhe und Ordnung alles wegnimmt!“), denn jede Unordnung und Unruhe schädigt die Bauernschaft und unseren Aufbau. Wir werden uns gerne einer Weisung anschließen, wenn uns jemand in diesem Staate sagen könnte, wie man es besser machen könnte, wie man die Wirtschaft heben und die Bauernschaft so erhalten könnte, daß sie leichter ihre Wirtschaft betreut und ihr Fortkommen findet. Aber, weiß Gott, das hat uns noch niemand gesagt, niemand von diesen Menschen, die die ganze Zeit mit verschiedener Heße (**Hornik**: „Sie lesen nichts und hören nichts!“), mit verschiedenen Putschabsichten durch die Lande gehen, noch niemand hat uns erklärt, wie man es besser macht. Meine Damen und Herren! Wenn man heute hinausgeht auf das Land, wenn man sich heute das Elend in der Bauernschaft

ansieht, wenn man heute sehen muß, daß auf den Märkten das Vieh bereits unverkäuflich ist, wenn so niedere Preise erzielt werden, bereits um 25 bis 50 Prozent niedriger als vor 2 bis 3 Jahren, wenn man sehen muß, daß der Steuerexekutor von Haus zu Haus geht, in meiner Gemeinde zum Beispiel von 65 Hausnummern sind jetzt 50 Bauern exequiert worden, wo sollen sie das Geld hernehmen, um die Steuern zu bezahlen, so sind das unerträgliche Zustände. (**Hornik**: „Die Folgen Ihrer Demokratie!“) Wir brauchen nur hinausschauen über die Grenzen, so sehen wir, wenn ich Ihnen als Beispiel sage, wie es im faschistischen Italien ist: Die Wirtschaft steht auch dort vor dem Zusammenbruche, die Banken krachen (**Hornik**: „Bei uns blühen die Banken!“), und gerade die größten haben auch in Italien von der faschistischen Regierung gestützt werden müssen. Wir sehen in diesen faschistisch geführten Staaten, ob monarchistisch oder faschistisch wie in Italien und Jugoslawien, ob absolutistisch wie in Ungarn, den glatten Niederbruch der Wirtschaft und wir sehen eine Verarmung und Verelendung der Bauernschaft, obwohl wir in Österreich, in unserem demokratisch geführten Staate noch etwas besser daran sind. (**Hornik**: „Das werden wir schon den Bauern sagen!“) Schauen Sie über die Grenzen, Sie können sagen, was Sie wollen . . . (**Hartleb**: „Herr **Hornik**, Sie brauchen uns nichts zu sagen, reden Sie mit Ihren Sodawasserfabrikanten!“ — **Hornik**: „Das ist Ihrer würdig, Sie Gurgelhupfer!“) Um zehn Groschen können die jugoslawischen Bauern an der Grenze ihren Wein nicht verkaufen (**Walcher**: „Und der **Hartleb** sagt, da kann man nichts machen für die Weinbauern!“). Herr **Hartleb** hat uns heute vorgeschlagen, daß von der Kammer, vom Lande und von den Gemeinden aus Aktionen unternommen werden sollen, worüber wir ja noch reden werden. Aber, sehr Verehrte, auch beim Viehhandel ist die Sache nicht anders. Ein Viehhändler hat mir unlängst erklärt, daß er um 800 S 7 schöne Stück Vieh von Jugoslawien heraufgebracht hat. Auch das Vieh ist dort bereits unverkäuflich. In Jugoslawien wird, wenn ein Exekutor kommt, mit der Steuerexekution nicht 14 Tage zugewartet, sondern in 24 bis 48 Stunden wird das Vieh versteigert. Da haben die Bauern überhaupt nichts zu reden, denn hinter jedem Bauern stehen schon zwei Polizisten. Das ist der Staatsabsolutismus. Vor kurzem haben sie dort unten die Wahlen gehabt. Ich möchte unserer Bauernschaft nicht wünschen, daß sie einem solchen Absolutismus unterworfen wäre wie er in Jugoslawien herrscht, wo man die Kandidaten einfach vorgeschlagen hat und das Volk hat gar nichts zu reden, sondern nur die Stimme abzugeben gehabt bei den Wahlen für die, von der absolutistisch-monarchistischen Regierung vorgeschlagenen Kandidaten.

Meine Verehrten! Wenn Sie mit diesen Leuten, wie es in Jugoslawien ist, wenn Sie mit diesen Menschen in Italien halten (**Menzner**: „Das tun wir nicht!“), so erinnere ich daran, wie so viele Kameraden ihr Blut in Italien und an der jugoslawischen Grenze vergossen haben und Ihr geht herum und predigt das faschistische Regime; Ihr seid die besten Freunde von Mussolini und Jugoslawien. Wo ist denn der

Pfrimer hin entwichen? In diesen Ländern hat er Aufnahme gefunden. (Menzner: „Irgendwo muß er doch hin!“) Schließlich und endlich habt Ihr auch Mussolinis Geld nicht abgelehnt bei der Wahl. — Nein, dieses Schicksal möchte ich wohl unserem Volke nie wünschen, wie es dem Volke in diesen faschistisch-absolutistisch geführten Staaten ergeht. (Hornik: „Wir werden ja sehen!“) Ihr könnt ja mit legalen Mitteln zur Macht gelangen; wenn ich dieser Meinung wäre, wenn ich der faschistischen Idee huldigen würde, dann würde ich ganz dafür eintreten. Dann gehe ich aber nicht in das Parlament, in den Landtag (Hornik: „Sondern lasse die Gesellschaft unter sich!“) und werde dort den Eid ablegen, für die demokratische Verfassung. Ihr müßt einfach 2 Herzen in Eurem Leibe haben. Hier legt Ihr den Eid ab, das Gelöbnis für die demokratische Verfassung, sitzt neben diesen Bonzen, über die Ihr jahrelang draußen gewettert habt, neben diesen Diätenschindern — und sitzt doch jetzt selbst da. Wenn ich schon dieser Idee huldige, dann bleibe ich draußen, und wenn ich ein gutes Programm habe und wenn ich mit einer Idee zum Volke hinausgehe (Hornik: „Und da sagt Ihr immer, wir seien Demagogen!“), ihm das zeige und sagen kann: So macht man es besser, dann bin ich sicher, daß das Volk nicht so dumm ist, daß es dieser Idee dann nicht zugänglich wäre. — Dann werdet Ihr ja mit legalen Mitteln zur Macht kommen und wir sind gern bereit, unsere Mandate niederzulegen und denen Platz zu machen, die es besser machen können. (Hornik: „Machen Sie das, fangen Sie an, lösen wir den Landtag auf!“) Aber so, mit solchen Mitteln wird es nicht besser, mit Putschgerüchten macht man es nicht besser. (Hornik: „Ich nehme Sie beim Wort!“) Es ist ja schon eine andere Ehehälfte da, die wird Euch ablösen (Allgemeine Heiterkeit!); die Nationalsozialisten. Diese Ehe, die da in der Industriehalle geschlossen wurde, dauerte nicht 8 Tage, dann ist sie in Trümmer gegangen, weil die Nationalsozialisten gesagt haben, mit diesen Schreibern, die nur Aristokraten und den Habsburgern den Weg ebneten wollen, mit diesen Leuten wollen wir nichts zu tun haben. Und sie haben Ihnen schon den Fußtritt gegeben. (Hornik: „Was Sie nicht alles wissen!“)

Es ist traurig, daß man sich heute im steirischen Landtage mit derartigen Fragen befassen muß, anstatt daß wir alle zusammen mit allen Mitteln, mit allem unseren Denken und Können darangehen würden, das Schicksal des Volkes zu verbessern. (Hornik: „Das haben Sie schon lange gesagt, aber getan haben Sie nichts!“) Schauen Sie hinauf nach Obersteiermark in die Gebirgsgegenden. Ich war unlängst in Murau, da sagte mir ein Bürgermeister, daß ein Bauer zu ihm gekommen sei, welcher fünf Stück Vieh auf den Markt zu treiben hätte, aber nicht soviel Geld habe, um die fünf Stück Pässe zu kaufen. Auch in meiner Heimat ist das selbe. Die Ställe sind voll Vieh und kein Groschen Geld in manchem Bauernhaus zu finden. Ich muß sagen, daß in den Wohnungen der Arbeitslosen und der Arbeiter wenigstens am Samstag einige Schilling zu finden sind. (Hornik: „Dafür aber leere Speiskammern!“) Bei den Kleinbauern und Gebirgsbauern

ist ganze Wochen und Monate kein Schilling zu finden. Warum? Wir haben am Samstag keine Auszahlung, wir haben am Ersten keinen Gehalt zu holen; der Bauer muß warten, wo und wann er seinen Lohn für seine Arbeit bekommt. Seinen Lohn bekommt er, wenn er seine Produkte, die er auf den Markt bringt, dort verkaufen kann. Aber oft kommt auch kein Käufer. In Stadl an der Mur wurden über hundert Ochsen zusammengetrieben und nur neun Stück sind verkauft worden um 80, die teuersten um 90 Groschen per Kilogramm. Wenn wir uns das anschauen, werden wir sehen, daß diese Gebirgsbauern, die bisher ihre Reserve zugelegt haben, die bisher noch Holz verkauft haben, auch das Holz nicht mehr verkaufen können. Wenn wir sehen müssen, daß sie früher zum Teil vom Fuhrwerk gelebt haben und es heute kein Fuhrwerk mehr gibt, weiters daß sie nur drei bis fünf Stück Vieh im Jahre verkaufen können und für dieses nur 80 bis 200 Schilling erhalten, — eine schöne Kuh verkauft er mit höchstens 300 S — so müssen wir uns fragen, wie alle diese Bauern ihre Ausgaben bestreiten sollen. (Hornik: „Ihr habt sie in 13 Jahren soweit gerettet!“) Es ist Tatsache, daß es viele Bauern gibt, die, wenn in der Familie jemand krank wird, sich nicht getrauen, den Arzt zu holen, weil sie nicht in der Lage sind, den Arzt zu bezahlen, weil sie keinen Groschen Geld im Hause haben. Es ist wirklich sehr traurig, wenn man hinausgeht und sieht, daß die Leute nicht in der Lage sind, dem Sohn die Wirtschaft zu übergeben, weil der Sohn nicht weiß, wo er das Geld aufbringen soll, um die Übertragungsgebühren bezahlen zu können. Es hat die zwölfte Stunde geschlagen und es ist daher höchste Zeit, daß unseren Bauern geholfen wird. (Hornik: „Trotz dieses tüchtigen bisherigen Bauernvertreters, Herrn Hartleb!“ — Hartleb: „Mit Ihnen rede ich nicht mehr, Sie sind mir zu kindisch!“ — Hornik: „Und Sie zu gemein!“)

Es wird alles mögliche unternommen von der Regierung. Wir haben gehofft, daß durch die Handelsverträge, durch die Devisenordnung, wenn man die Einfuhr droffelt, die Lage besser wird und jetzt hoffen wir auf das Viehverkehrsgesetz. Wir hoffen immer, aber es ist noch nicht besser geworden. Wenn sich die Regierung dann noch mit Unruhen befassen und immer wieder löschen muß, einmal da und einmal dort, das wird uns kein Glück bringen, uns nicht in eine bessere Zeit führen. Ich muß sagen, daß es gerade in Steiermark am unruhigsten zugeht, gerade in Steiermark; man muß darüber nachdenken. Wenn ich darüber nachdenke, so muß ich sicher sagen, daß vielleicht die Vorwürfe, die unserem Landeschef gemacht wurden, nicht ganz unrichtig waren. Ich glaube, daß der Herr Landeshauptmann schlechte Berater hat. (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Schisko: „Das getrauen Sie sich als bürgerlicher Vertreter zu sagen!“) Jawohl! Und ich werde es beweisen, daß ich es mich zu sagen getraue. (Schisko: „Schämen Sie sich! Sie wollen ein bürgerlicher Vertreter sein?“ — Walcher: „Weil Steiermark die besten Regimenter gestellt hat, deshalb sind wir im Heimatschutz so stark!“) Die Bauern reden ganz anders. Eure Bauern! Wenn ich sage, ich glaube, der Herr Landeshauptmann hat

schlechte Berater (Schifko: „Die grün-rote Koalition spiegelt sich hier ab!“), die ihm alles mögliche zutragen, ihm aber nicht die Wahrheit sagen, dann wäre es nicht möglich, daß der Landeshauptmann schon im Vorjahre an die Volksbewegung geglaubt hätte. (Dr. Rintelen: „Darf ich Sie als Ratgeber bitten?“) Hätte er nicht an die Volksbewegung geglaubt, dann hätte er sich schließlich nicht den Heimatschutz aufsetzen lassen. (Dr. Illig: „Hätte er sich eine Jakobiner-mütze aufsetzen lassen sollen?“) Wenn ich sein Kollege gewesen wäre, ich hätte ihm ehrlich erklärt, solange die Bauern nicht bei einer Bewegung sind, gibt es keine Volksbewegung. (Peinkfinger: „Glauben Sie, daß von den Bauern niemand beim Heimatschutz ist?“) Wieviele Bauern haben wir beim Putsch gesehen? (Hornik: „Kommen Sie einmal hinauf und Sie werden es sehen!“) Ja, Herr Peinkfinger, wir hören von christlichsozialer Seite, die Bauern sind zu der ersten Landtagsitzung mit dem Heimatschutz-abzeichen gekommen (Prazl: „Und Sie mit dem Bauernwehrabzeichen!“) und heute hat kein einziger mehr ein Heimatschutzabzeichen. Warum? Weil Sie wissen, daß Ihre Anhänger es nicht dulden, weil sie der Heimatschutzidee, den Putschisten nicht Gefolgschaft leisten. (Hornik: „Lösen wir den Landtag auf!“) Es ist traurig, daß sich Leute in Graz, in Wiener-Neustadt usw. mit dem Schutze der Staatsexekutive andere verheßen und über Regierung und Parlament in dieser Art und Weise zu schimpfen getrouen. Glauben Sie, daß in einem Staate, wo Ihre Leute regieren, die Staatsexekutive solche Putsche, solche Hochverräter schützen und unterstützen wird? Gewiß nicht. Unter Mussolini würden solche Leute aufgehängt werden, wenn sie so gegen die Regierung losgehen wie hier. Und wie war es am 13. September? Ich habe um 10 Uhr nachts noch in die Burg telephoniert und unser Landesregierungsmitglied gefragt, wie die Situation steht. Er sagte mir, der Herr Landeshauptmann habe erklärt, er habe alles veranlaßt, die Unterbehörden haben Weisungen erhalten. Aber unser Bezirkshauptmann ist abends noch neben dem Heimatschutzführer beim Knielely gesessen. Um 10 Uhr nachts ist der Gendarmerieposten aufgelautes und gefragt worden, ob er wisse, welche Weisungen draußen sind. Er hat erklärt, daß er keine habe. Wenn ich da das Gefühl nicht los werde, daß der Herr Landeshauptmann in dem Moment nicht funktioniert hat, daß er nicht gewußt hat, soll er mit uns, dem erwerbenden Volke, oder mit den Putschisten halten, dann kann ich ihm nicht helfen. (Schifko: „Dann wären Sie, Herr Abg. Ferner, zum Herrn Landeshauptmann gegangen und hätten ihn beraten!“) Ich sage, daß wir uns in diesem hohen Hause besser mit wirtschaftlichen Fragen befassen sollen. . . (Schifko: „Das wäre gescheiter, als das zum Fenster Hinausreden!“) Gescheiter wäre es, wir hätten diese Putschisten nicht und wir hätten diesen Putsch vom 13. September nicht hinter uns. Gescheiter wäre es, wenn wir uns zusammensetzen würden, um wirtschaftliche Verbesserungsmöglichkeiten zu erörtern. (Hornik: „Sie können ja hinausgehen!“) Gehen Sie da hinüber, aber dann werden Sie nächstens nicht mehr hier sitzen, wenn Sie

sich an die Herren anbiedern. (Zwischenruf Schifko. — Hornik: „Sie halten sich halt an den roten Frackschößeln an!“)

Ich möchte zum Schlusse dem Herrn Landeshauptmann ans Herz legen, er möchte sich in Zukunft weiter abseits von den Putschisten und den Faschisten begeben, weil das Volk, die Bauernschaft, derartige Dinge ablehnt und wir werden in Zukunft sehen, welcher Weg eingeschlagen wird. Wir werden sehen, ob der Landeshauptmann die Stimmung des Volkes erkennt (Meyssner: „Ich denke schon!“), wir werden sehen, wie der Heimatschutz in kurzer Zeit ablaufen wird (Meyssner: „Gott sei dank, daß er wieder einmal totgesagt wird. So einer lebt immer lang!“); er ist schon am Wege dorthin und die Unterstützung mancher Tagespresse, die sozusagen täglich

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vorüber.

Ferner (fortfahrend): die sozusagen täglich für den Heimatschutz eintritt, wird Ihnen nicht besonders helfen. Die Gerechtigkeit wird siegen. (Zwischenruf Hornik.) Wir werden schon sehen. Wir sind stets eingetreten auf demokratischer Grundlage für unsere Bauernschaft, für unser deutsches Volk. Uns hat niemand etwas vorzuwerfen, ich sage, daß vielleicht auch die Herren der linken Seite nicht geeignet sind über den 13. September zu sprechen. (Hornik: „Sie werden sich verderben!“) Wir lehnen jeden Putsch von rechts oder links ab. Wir sind für eine demokratische Republik, denn nur in einer demokratischen Republik geht es dem Bauer besser und daher möchte ich zum Schlusse sagen, wir gehen nicht ab von dem Wege, unserem geraden Weg, auf dem Boden unserer Verfassung auf demokratisch-republikanischer Grundlage und lehnen jeden Putsch von links oder rechts ab. (Beifall bei den Landbündlern.)

Dr. Hübler: Ich möchte kurz die Stellungnahme meiner Fraktion zur Kenntnis bringen. Die großdeutsche Fraktion lehnt von ihrem grundsätzlichen Parteistandpunkt aus das Vorgehen vom 13. September entschieden ab. Sie ist ferner der Auffassung, daß im Stadium der gesetzlichen Untersuchung und Behandlung dieser Vorgänge, eine politische Erörterung im Landtage, welche das ordentliche Verfahren zu beeinflussen geeignet wäre, entschieden nicht zweckmäßig erscheint, insbesondere in einem Zeitpunkte einer so drückenden Wirtschaftslage, in der alle Kreise eine Befriedung unserer Bevölkerung, vor allem aber von den gesetzgebenden Körperschaften positive Arbeit verlangen. Ich möchte zu dieser grundsätzlichen Stellungnahme nur kurz zwei Gedanken bemerken. Wir sind der Auffassung, daß alle Kreise nur die eine Auffassung haben können, über die Auswirkungen des 13. Septembers möglichst rasch hinwegzukommen und eine Befriedung und Konsolidierung unserer Verhältnisse herbeizuführen. Politische Debatten über diese Vorgänge tragen weder zu einer sachlichen Erklärung, noch zur Beurteilung bei, weil sie nie ein Forum für diese Entscheidungen bilden können. Wie recht wir mit dieser Auffassung haben, hat die heutige Debatte gezeigt, in

der Behörden und Beamte, die in dieser Zeit ohnehin eine ungeheuer schwierige Stellung haben, angegriffen worden sind.

Wir möchten nachdrücklich feststellen, daß in Zeiläufen, wie diese, wo alles, Wirtschaft und Ordnung, zu wanken scheint, das Gesetz das einzige ist, was feststeht, die Staatsverfassung erhalten und die Bevölkerung schützt. Wir sind der Auffassung, daß wir uns hinter jene Beamten zu stellen haben, sei es, daß sie unmittelbar der Justiz dienen, sei es, daß sie im Wege der Verfassung die Gesetze zu vollstrecken haben.

In diesem Sinne möchten wir hier im hohen Hause die gegen die Justiz im allgemeinen, gegen die Beamten und gegen die Exekutive erhobenen Vorwürfe energisch zurückweisen.

Menzner: Es wundert mich natürlich gar nicht nach dem 13. September, daß einzelne Gruppen, die ja auch hier schon langsam wieder die Flucht ergreifen (die Sozialdemokraten verlassen den Saal), gegen den Heimatschutz vorzugehen trachten. Ich meine, daß die Herrschaften keinen besonderen Grund haben, gerade den 13. September so anzuziehen und sich heute als Lamperln zu gebärden. Schließlich haben sie nach dem Linzer Programm und nach ihren sonstigen Grundsätzen immer das Wort geprägt, daß sie eine revolutionäre Partei sind und mit den Worten „Gewalt“ und „Diktatur“ schmeißen sie zur Genüge herum.

Ich möchte Ihnen nur ein paar Kostproben aus ihrem Programm geben, damit sie sich daran erinnern (liest): „Das Proletariat muß so wehrhaft sein, daß die Bourgeoisie nicht wagen kann, es anzugreifen. Sollten aber die bürgerlichen Schichten rasend vor Wut werden, dann natürlich schlägt in einer solchen Situation die proletarische Demokratie um in die Diktatur.“

Sie reden also auch von Diktatur (liest weiter): „Die Demokratie von heute ist nur ein Mittel für das Ziel, das wir wollen. Sie ist nur der für das Proletariat günstige Kampfboden, um die Herrschaft im Staate, aber der Weg der Demokratie unter dem Schutz einer wehrhaften Arbeiterklasse. Wir müssen die Arbeiterschaft mit der Möglichkeit vertraut machen, daß die Gewalt die Entscheidung herbeiführen muß.“ Da finden wir also auch schon „Gewalt“ und nicht nur „Diktatur“! (liest weiter): „Die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse auf das höchste zu steigern und sie mit der Erkenntnis der Unvereinbarkeit ihrer Lebensinteressen mit der bestehenden Gesellschaftsordnung zu erfüllen, ist Aufgabe der Partei. Es wird festgestellt, in welchem starken Maße es bereits gelungen ist, die Arbeitersportbewegung in den Dienst der Idee der Wehrhaftmachung des Proletariats zu stellen. Wir werden den Weg der Demokratie nur dann gehen können, wenn das Proletariat so wehrhaft ist, daß die Bourgeoisie nicht wagen kann, das Proletariat anzugreifen. Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen, gegenrevolutionären Mächten widersetzen

sollte, dann wären die Arbeiterklassen gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“

Sie sehen also, daß die gar nicht so übermäßig friedfertig sind, daß sie ebenfalls von Diktatur und Gewalt sprechen, wenn es ihnen paßt. Ein anderer Auspruch lautet dahin, daß man diese Demokratie nur dazu benötigen soll, um in ein anderes System hinüberzukommen. Allerdings spürt und hört man aus ihrer Partei, daß viele Leute mit der Leitung nicht zufrieden sind. Gerade am letzten Parteitag hat man einen wirklichen Sozialdemokraten reden gehört, daß etliche Schrauben in der Partei sind, die zu Riefen geworden sind, die sich schon recht in das Volksfleisch hineingeschraubt haben und unangenehm zu wirken beginnen.

Sie haben auch mit Tatsachen gezeigt, daß sie nicht gar so friedfertig sind. Ich erinnere an die Bauernüberfälle vom Jahre 1922, weil einer von den Herren Judenburg angezogen hat. In Wasendorf hat man in der Nacht die Bauernweiber herausgejagt und hat alles untersucht. Da war natürlich nichts daran und wurde das sofort aboliert. Man hat den Direktor **Zweifler** in Neunkirchen hinaus auf den Platz gezerrt und halbtotgeschlagen, das wurde auch aboliert. Den Bezirkshauptmann von Voitsberg hat man halbtotgeschlagen, da war nichts daran, das waren alles nur Liebesbezeugungen. Den Landeshauptmann hat man jedenfalls und deshalb aus dem Fenster geschmissen, damit er sich das Hinuntergehen über die Stiege erspart. Ganz anders war es am 15. Juli und ich bin heute genötigt, einen kleinen Vergleich zu üben, weil man den Landeshauptmann, die Behörden und die Gendarmerie angegriffen hat. Damals, am 15. Juli, war es bekannt, daß es nach dem Schattendorfer Prozeß zu irgend etwas kommen könnte. Auch damals haben sich die Behörden darum gekümmert und sicherlich bei der prominenten Stelle, bei der sozialdemokratischen Parteileitung angefragt, ob die Herren etwas unternehmen werden. Die haben versichert, daß nichts geschehen wird und obwohl damals der Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien schon um 3 Uhr früh die Nachricht hatte, daß etwas geschehen werde, hat er sich nicht bemüht gefühlt, die Polizeidirektion zu verständigen. Die Leute sind in der Früh zur Arbeit gegangen, dort sind sie bereits von den Agitatoren und der „Arbeiterzeitung“ erwartet worden. Die zuerst marschiert sind, das waren die Gemeindeglieder. Die sind in die Stadt gezogen, haben Terror geübt und haben insbesondere bei der Universität um 9 Uhr früh die Polizisten niedergeschlagen. Dann haben sie den Justizpalast gestürmt. 15 Schußbündler haben die Tore aufgebrochen, sind hineingegangen und das schließliche Ende war der brennende Justizpalast, 4 tote Polizeibeamte, 100 Schwerverletzte und 400 bis 500 Leichtverletzte. Auch das hat man alles aboliert. Da hat man keinen Grund gefunden, da sind die Herren gelaufen und haben gemeint, das war eine Volksexplosion, man kann das Volk nicht verantwortlich machen. Ich meine, wenn man in diesem Staate solche Dinge aboliert und darüber hinausgegangen ist ohne besonderen Anstand und ohne daß man ein besonderes Recht anwendet, so finde ich es merkwürdig, wenn eine

Gruppe, die soviel hinter sich hat, weiß Gott wie nach der Schärfe des Gesetzes verlangt und die Behörden zur Verantwortung ziehen will. Was soll schließlich ein armer Gendarmeriepöfken mit zwei oder drei Mann machen, der kein Telephon hat oder ein Kommando, welches Mangels eines Telephons keine Verbindung hat. Wenn das Bundesheer nicht rechtzeitig, so wie es die Herren gewünscht haben, auf den Platz gekommen ist, so muß man ihm eben bessere Automobile geben mit einer größeren Geschwindigkeit als sie jetzt haben, mit einer Geschwindigkeit, die über ein Scheibfruhentempo hinausgeht. Dann würden sie rechtzeitig zur Stelle kommen.

Doch nicht nur diese Dinge sind es, die verglichen werden müssen, um einen richtigen Maßstab anzulegen. Ich möchte sagen, jede Wirkung hat auch ihre Ursache. Die Ursache ist nicht der 13. September allein, die Ursache liegt viel tiefer, sie liegt in dem furchtbaren Unwillen, der sich heute schon in unserem Volke zeigt, in dem Unwillen, der sich hier in einer Episode vielleicht in einer etwas schärferen Weise kundgibt gegen das herrschende System, weil dieses System dieses furchtbare Elend über unser Volk gebracht hat. Und diese Not resultiert nicht erst aus der Kreditanstalt, sondern diese Wirtschaft hat schon früher angefangen, bei den sozialisierten Betrieben von Wöllersdorf und im Arsenal und wie sie alle geheißen haben und ist weitergegangen über B o s e l, C a s t i g l i o n i und die Postsparkasse hinauf bis zum großen Bankenskandal, bis zur Bodenkreditanstalt, wo Direktor S i e g h a r t mit 30 Millionen abfahren konnte, bis schließlich die Kreditanstalt unserem Volksvermögen und unserer Wirtschaft den Rest gegeben hat. Wir müssen uns schon vor Augen halten, daß diese Not nicht auf einmal über uns gekommen ist. Gewiß sind die rationalisierte Technik, die revolutionäre Technik und der Weltkrieg auch schuld an der allgemeinen Wirtschaftsnot. Aber es ist nicht notwendig, daß man über diese Dinge hinaus noch mit aller Mutwilligkeit die Not erhöht, indem man an die Sanierung von Leuten geht, die die Sanierung nicht verdienen. Damals haben sie nicht recht gehabt. Jetzt gehen diese Leute her und sagen, sie sind hineingelegt worden, dieselben Leute, die damals im Nationalrat darüber berichtet haben. Ich meine, ist dieses System denn immer hineingelegt worden, von B o s e l, C a s t i g l i o n i und der Postsparkasse, die Millionen vom Volksvermögen gefressen haben. Und wenn dieses System immer und immer wieder hineingelegt worden ist in der ganzen Zeit, so muß man sagen, daß dieses System untragbar ist und weggehört. Wenn heute in irgend einem gewerblichen Betriebe oder sonst wo Menschen so versagen, wie das Regierungssystem bei uns versagt hat, so schmeißt man sie längst hinaus. Man darf sich nicht wundern, daß der Unwille soweit geht, daß die Leute daran denken, sich von diesem System zu befreien. Gebracht hat uns dieses System alles Mögliche, nicht nur, daß die Zollunion umgebracht wurde, die Anlehnung an das große Bruderreich, wir mußten 190 Millionen Schulden machen, mußten 700 Millionen Schilling faule Wechsel einlösen, wir haben die Bankrate erhöht und es sind dadurch die Zinsen erhöht worden. Heute müssen die

Betriebe 17 Prozent herauschinden, damit sie die Zinsen bezahlen können. Das sind die Folgen der Kreditanstalt. Dann aber ist man auch gleich mit einem Bündel neuer Lasten und Steuern gekommen. Die Einkommensteuer wurde erhöht, die Vermögenssteuer, zum Jux wurde noch eine Junggesellensteuer gemacht, die Benzinsteuer wurde hinaufgeschraubt, die Biersteuer und die Zuckersteuer sind erhalten worden, ohne sie dem bäuerlichen Notopfer zuzuführen, die Fahrkartensteuer ist eingeführt worden für Autobusse und dergleichen mehr und jetzt endlich sehen wir, daß wir gar keine Demokratie im Staate haben, eigentlich eine Demokratie auf Kündigung, eine Demokratie, wo sich alle Augenblicke jemand hersezt vom Ausland und diktiert. Von Genf ist ein Diktator hergesezt worden, diesmal ist es nicht der Generalkommissär, wie er damals geheißen hat, die Experten sind jetzt aber sicherlich nicht billiger als wie Z i m m e r m a n n gewesen ist. Wenn wir schon so eine Demokratie auf Kündigung haben, wo alle Augenblicke ein Ausländer kommt, hat der Heimatschutz sich gedacht, bringen wir lieber dem Staate eine Diktatur der heimatstreuen Bevölkerung und jagen die hinaus, die uns diese elende Wirtschaft gebracht haben oder sich vor die Paragraphen stellen, so daß man die Leute nicht fassen kann, die uns in dieses Elend geworfen haben. Heute sagt man, man wird die Herren der Kreditanstalt zur Verantwortung ziehen. Womit will man sie zur Verantwortung ziehen? Man hat sie durch das Gesetz, durch dieses Sanierungsgesetz geschützt, so daß man sie nicht angehen kann, man hat das Volk als Bürge und Zahler vor den Paragraphen, vor den Staatsanwalt gestellt, so daß überhaupt kein Gesetz Anwendung finden kann, weil der Konkurs als solcher fehlt, sich niemand rühren kann, der als geschädigt erscheint, weil Bürge und Zahler, das Volk, alles den Herrschaften ersetzen. Wir sind noch lange mit der Kreditanstalt nicht zu Ende, wir können das gar nicht bezahlen. Das war ein Luftgesetz, was man da geschaffen hat, schließlich werden wir die Gelder nicht aufbringen und müßten dann viel Kredit bekommen, um überhaupt unserer Verpflichtung nach dem Kreditanstaltsgesetz nachkommen zu können. So sehen wir, daß der Staat immer und immer mehr ins Elend treibt; das, was Abg. F e r n e r gesagt hat, ist richtig, die Bauern kriegen nichts mehr. Warum? Weil man auf der einen Seite mit allen Mitteln die Kaufkraft des Volkes herunterbringt, auf der anderen Seite die Handelsbilanz von 1·2 Milliarden Schilling Defizit hat, diesen Freiheutern gestattet, daß sie wahllos in unser Land einführen und ausländische Arbeiter beschäftigen und die inländischen mit einer Hungerrente spazieren schickt. Da ist es selbstverständlich begreiflich, daß die Kaufkraft auf ein solches Minimum herabgesunken ist, so daß überhaupt niemand mehr etwas kaufen kann. Dann tritt eben ein Stillstand ein. Bauern und Gewerbetreibende können nichts mehr verkaufen. Ja, wenn der Bauer nach billigen Artikeln, die wir vom Auslande kriegen, ausschaut, der Arbeiter nach billigen Lebensmitteln jahndet und der Intellektuelle beides verlangt, dann leben wir von der Substanz und das ist das Urübel, das Verbrechen des 13. September. Dieser

Kreditanstaltskandal und dieses Treibenlassen in diesem parlamentarisch-demokratischen System, das schließlich ein System der Halbheit ist, wo überhaupt nichts Rechtes geschaffen werden kann, wo jeglicher gute Gedanke solange verpackelt und verwässert wird, bis letzten Endes ein feiges Kompromiß zum Schaden der Allgemeinheit herauskommt, ist schuld daran. Wenn ein Volk so furchtbar belastet wird, in eine solche Not herabsinkt, wenn bewiesen wird, daß diese Not mutwillig hervorgebracht wird, daß es dann zur Explosion kommt, daß sich weite Kreise gegen ein solches System stemmen, ist selbstverständlich. Wenn man sagt, die Bauern rühren sich nicht, kümmern sich nicht um den Heimatschutz, dann lesen die Herren keine Zeitungen. Ich verweise da auf die großen Bauernaufmärsche in Salzburg und Tirol und auch in Steiermark, auf die Gewerbetreibenden, die hier eine Besserung verlangen und das System ablehnen und ich meine, wenn man in dem Staate einen suchen wollte, der mit dem System einverstanden ist, da müßte man wie Diogenes mit der Laterne gehen und wenn man dann einen gefunden hat, könnte man ihn im Panoptikum für Geld anschauen lassen. In unserem Staate wird sich eine Umwälzung ergeben. Wir stehen nicht auf dem Standpunkte, daß das mit Pulver und Schwert erledigt werden muß und wir würden uns auch wünschen, daß in dem Staate die Einkehr kommen würde, die Einkehr zur vollsten Sachlichkeit, daß im gegenseitigen Ausgleich der Stände der Frieden geschaffen wird, der uns allen miteinander Arbeit und Brot gibt. Nur fehlt uns der Glaube dazu, daß das parlamentarisch-demokratische System die geeignete Form ist, solche Grundlagen für die Volksbesserung zu schaffen. Darum sind wir eben anderer Meinung. Wir sagen, wir müssen uns ein anderes System schaffen. Sie haben von Faschismus gesprochen. Das ist ein Summarbegriff, möchte ich sagen, der vielleicht für das eine Land in der Form, für das andere in einer etwas anderen Form paßt. Jedenfalls sagen wir, braucht man in einem Staate eine gewisse Oberherrschaft und nicht nur so Staaten im Staate, wie sie der Parlamentarismus herausstellt. Wir wollen absolut nicht irgendwie einen Legitimus, wir lehnen ihn ab, schon gar, wenn er uns den Weg in die Heimat versanden könnte, aber wir wollen hier ein geordnetes System haben, wir wollen wieder etwas haben, was sich nicht nur so gegenseitig die Sache auspackelt, sondern wirklich einmal vom Gesamtwohl den ganzen Staat und die Wirtschaft betrachtet und das wird beim parlamentarischen System niemals der Fall sein.

So wie diese große schwere Schädigung durch die Kreditanstalt, durch die anderen Bankenskandale sich für uns ergeben hat, finden wir das auch im kleinen und wir werden Gelegenheit haben, auch noch diese kleinen Skandale aufzuzeigen, daß man sieht, daß es in unserem Staate wirklich schon arg zugeht, daß der Unwille auch ein berechtigter ist; denn das heutige System hat Leute in seiner Mitte, ich sage bestimmt nicht, daß es alle wären, hat Leute in seiner Mitte, die ihre Stellung dazu benützen, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen oder ihren Parteimitgliedern Geschäfte zuzuschänzen. Wir haben kürzlich wieder

eine solche Skandalaffäre in der Zeitung gelesen, diesen Fischerkandal. Wenn da jemand abhaust, in Konkurs geht, ist das nichts Neues, daß vielleicht dabei auch eine schuldbare Krida herauswächst, das ist auch nichts Neues, würde uns sicherlich nicht sonderlich interessieren, daß aber öffentliche Anstalten dabei draufzahlen, ist vielleicht schon interessanter. Allerdings ist manes in Osterreich gewöhnt, daß diese öffentlichen Anstalten scheinbar nur dazu da sind, daraufzuzahlen. Wenn dann auch öffentliche Funktionäre in gewisser Hinsicht beteiligt sind, das interessiert uns natürlich schon etwas mehr und da möchte ich Sie schon aufmerksam machen, daß wir im Lande einen Vergabungsausschuß haben, einen Ausschuß, der die Aufgabe hat, diejenigen Geschäftsleute zu bestimmen, welche dann an die öffentlichen Anstalten die Sachen zu liefern haben, Textilwaren, Lebensmittel usw. und daneben besteht noch ein beamteter Ausschuß, der die Offerte zu prüfen hat, um diese mit einem Antrage der Landesregierung zu übergeben. Nun sieht man, daß dieser Ausschuß einfach übergegangen wird, daß auf einmal, wie aus diesem ganzen Prozeß Fischer hervorgeht, die Firma Fischer ohne Rücksicht auf diesen Ausschuß mit Lieferungen bedacht wurde. (Hornik: „Hört! Hört!“) Das sind Dinge, die natürlich untragbar sind. Wozu hat man eigentlich einen solchen Vergabungsausschuß, wozu setzt man ihn ein? Ich meine, der hat darüber zu bestimmen, wenn Ordnung im Lande ist. Aber da geht man darüber hinweg, um einem Parteifreunde das Geschäft zuzuschänzen, insbesondere dann, wenn er schon besonders wackelig wird. Das ist eine interessante Sache auch dadurch, weil dieser betrügerische Geschäftsmann, der auch seine Lieferungen schlecht durchgeführt hat, insofern schlecht, indem er ein minderes Gewicht und mindere Qualität geliefert hat, seine Geschäftsbeziehungen durch eine Bank leitete, durch die Alpenländische Volkskreditbank, wo ein Regierungsmitglied, Landesrat B e r z a u c h e r, der Direktor ist. Dann darf man sich freilich nicht wundern, daß auf einmal über diesen ganzen Vergabungsausschuß einfach hinweggegangen wird, daß einfach diese Firma mit solchen Aufträgen ohne Rücksicht auf den Vergabungsausschuß beauftragt wird und man sieht dann, daß solche Leute noch die Frechheit haben, einen Beamten zu bestechen, ihm 80 S monatlich geben, so daß er beim Wägen und beim Anschauen der ganzen Dinge, die geliefert wurden, Scheuklappen bekommt. Auf diese schöne Art und Weise werden gerade die Armenisten der armen Teufel, die in den Irren- und Siechenanstalten, in den Krankenhäusern sind, schwer geschädigt. Nebstbei aber noch werden nicht nur diese Leute geschädigt, sondern auch das Land hat einen gewaltigen Schaden durch die ganze Sache erlitten und man sieht auch, daß die Sache noch weitergeht. Der gute Mann, der sich hier als Beamter diese Dinge hat zu Schulden kommen lassen, der hat unter den Augen des betreffenden Referenten und Regierungsmitgliedes, ja mit Bewilligung desselben im Amtsauto spazieren fahren können und auf der anderen Seite... (B e r z a u c h e r: „Das ist eine Lüge!“) das ist keine Lüge — (B e r z a u c h e r: „Das ist eine Lüge! Reden Sie nur weiter!“) ... auf der anderen Seite hat

Fischer sein Auto oder seine Autos vom Chauffeur in Feldhof reparieren lassen, ihm ein Trinkgeld dafür gegeben, was natürlich billiger kommt, als wenn man die Autos in Autowerkstätten schickt. Wenn man die Autos in solcher Weise reparieren läßt, so mache ich aufmerksam, daß das eine Gewerbestörung darstellt, die nicht vorkommen darf. Wir werden noch Gelegenheit haben, über diese ganze Sache zu sprechen. Es gibt da sicherlich noch andere Dinge. Es gibt Leute, die als Beamte mit geringem Gehalt oder mit keinem sonderlichen Gehalt es bis zum Auto gebracht haben. Das sind Dinge, die man aufgreifen muß, die beweisen, daß man in gewisser Hinsicht wohl dem Sprichwort huldigt: „Freie Bahn dem Tüchtigen“, dem Tüchtigen, der das Geschäft versteht, so daß man zum Auto, aber vom Auto auch noch bis zur Villa kommt.

Das ist aber nicht der einzige Korruptionsfall, der sich da ergeben hat. Wir haben Kämpfe wegen der Stolzalpe geführt, die Wirtschaft dort angegriffen und haben gesagt, daß die Wirtschaft dort oben untragbar ist. Wir haben uns aus dieser Zeit noch ein gewisses Interesse für diese erhalten und sehen, daß die Geschichte recht gut war. Dort auf der Stolzalpe gehen auch merkwürdige Sachen vor. Da ist Herr Landesrat Regner Referent, der hat im heurigen Sommer sein Sommerwigwam auf einige Wochen dort oben aufgeschlagen, mit Kind und Kegel und mit einigen Freunden. Dort ist es ganz gut zugegangen, die Tische haben sich gebogen, und damit man so ein Alibi zum Rückzug hat, hat man pro Kopf und Nase und Tag S 2-90 bezahlt, obwohl die armen Teufel, die dort oben liegen und Hilfe suchen, 12 bis 20 S zu bezahlen haben. Dazu sind die Landesanstalten nicht da. Das ist eine Sache, die zu verfolgen ist und wir verlangen, daß ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird, der dieser Sache restlos auf den Grund geht. Da wird man es in der Bevölkerung begreifen, daß die Herrschaften mit dem Heimatschutz nicht zufrieden sind, daß die Herrschaften sich den Heimatschutz aus dem Landtage hinauswünschen. Das kann ich glauben, aber bilden Sie sich nur ja nicht ein, daß wir in den Landtag hineingegangen sind, um vielleicht eine Partei zu machen und mit Ihnen herumzupackeln. Fällt uns nicht ein. Wir gehen herein, um uns solche Sachen herauszufuchen und die Bevölkerung aufzuklären. (Hornik: „Ganz demokratisch!“) Wir sind nicht willens in einer oder der anderen Sache 1 oder $\frac{1}{2}$ Prozent von irgend einer Steuer herabzudrücken, weil das für die Kaff ist, wenn auf der anderen Seite über Nacht 700 Millionen Schilling hinausgeschmissen werden. Da könnten wir jahrelang da zusammensitzen, damit ist nichts getan, wenn man auf der anderen Seite der Bevölkerung wieder alles nimmt und ihr einen Buschen Steuern ins Gesicht haut.

Darum sind wir Gegner dieses Systems und sagen, diese Korruption muß endlich einmal aufhören. Und darum haben wir hier die Feinde, weil die Herrschaften wissen, daß es ihnen einmal passieren kann, daß wir sie auf einen Luftkurort schicken, der allerdings nach oben mit einem Strick verbunden ist. (Heiterkeit.) Das ist der Grund Ihrer Wut gegen den Heimatschutz, das ist es, was wir an Schuld haben und was uns die Herren an Schuld zumessen. Und wir werden nicht

nachgeben, wir werden weiterarbeiten, und wenn Sie sagen, der Heimatschutz habe schon versagt und die Exekutive habe versagt — nein, weder der Heimatschutz noch die Exekutive haben versagt, die Herrschaften, die seit 13 Jahren solche Sachen treiben, die haben versagt, die haben eine solche Schuld auf sich geladen und gegen die kämpfen wir.

Wir gehen unser System weiter, die Angriffe sind uns ganz gleichgültig, auch das, was Herr Abgeordneter Ferner gesagt hat.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Landesrat, die Redezeit von 20 Minuten ist vorüber.

Menzner (fortfahrend): Sofort, Herr Präsident. Wir gehen unser System, und daß es Früchte trägt, sehen wir auch. Der letzte Aufmarsch vom vorigen Jahre vom republikanischen Schutzbund, der hat 1 Stunde und 41 Minuten gedauert, und heuer sind sie in 21 Minuten vorbeigekommen. (Oberzaucher: „Da ist der Wunsch der Vater des Gedankens!“) Wahrscheinlich haben die sozialdemokratischen Arbeiter am 13. September so laufen gelernt, daß Sie diese Arbeitermassen jetzt in 21 Minuten vorbeigebracht haben. Tun Sie nur so weiter, unser System wird sich sicher durchsetzen, wir werden uns schon durchringen, wir sind in der Beziehung ohne Sorge, um dem Staate und unserem Volke das zu geben, was es braucht, nämlich, endlich einmal Ordnung und Anständigkeit. (Beifall beim Heimatblock.)

Präsident: Hohes Haus! Es ist gewiß kein Geheimnis, daß es uns schlecht geht, und wenn man zu dieser Überzeugung kommt, glaube ich, wäre es zweckmäßig, wenn hier nicht so erregte Debatten geführt würden. Doch wenn sie geführt werden, wenn hier ein Redner, Herr Ferner, meint, daß es den steirischen Bauern nicht so schlecht geht wie denen draußen im Auslande und insbesondere in Jugoslawien, so muß ich schon hier in diesem Hause erklären, daß ich aus eigener Überzeugung, weil ich gewiß ein Bauer und auch ein Arbeiter bin, daß es den Bauern tatsächlich sehr schlecht geht, und daß viele Bauern es gar nicht wissen, wie schlecht es ihnen geht. Aber wenn man den Bleistift in die Hand nimmt, dann kommt man darauf, daß die Bauernschaft Steiermarks schon lange von ihrer Substanz lebt und tatsächlich schon beim Nichts angelangt ist. Und darum muß ich diesen Vorwurf und Vergleich gegenüber dem Auslande energigisch zurückweisen. (Ferner: „Das war doch kein Vorwurf! Liegen Sie auf Ihren Ohrwäscheln?“) Sie haben ja den Vergleich gebracht zu Jugoslawien. (Ing. Witzany: „Sind Sie der Verteidiger von Jugoslawien?“) Aber ich bitte, man bringt keinen solchen Vergleich mit dem Auslande. Dann hat der Herr Abg. Ferner es bemängelt, daß Bauern aus unserem Kreise dem Herrn Landeshauptmann Beifall geklatscht haben (Zwischenruf: „Nein!“), daß er am 13. September den Puffschuch mit friedlichen Mitteln, ohne Blutvergießen, durch das umsichtige Eingreifen der Gendarmerie zu Ende geführt hat. (Ferner: „Das haben Sie aus dem „Sonntagsbote“ gelesen!“) Wir danken dem Herrn Landeshauptmann für seine Umsicht und sind sehr froh, daß wir einen solchen Landeschef in unseren

Reihen haben (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.), und ich glaube, daß der Herr Landeshauptmann sich auch künftighin nicht vom Herrn Abgeordneten F e r n e r beraten lassen wird. — Dann hat Herr Abg. F e r n e r auch angeschnitten — das ist zwar unsere eigenste Sache — daß wir Bauern jetzt das Abzeichen des Heimatschutzes nicht mehr tragen, welches wir früher getragen haben. Das ist unsere Sache, das werden wir Bauern selbst austragen, aber ich möchte Ihnen sagen, wir sind vom 9. Mai an nicht dorthin gegangen, wo Sie hingegangen sind, daß bei der Gründung der Bauernwehren der Aufruf 2 Tage darauf in keiner bürgerlichen Zeitung, wohl aber im „Arbeiterwille“ erschienen ist. (Rufe: „Hört, hört!“) Daraus erklärt sich auch der Schwund, daß sich sehr viele bisherige Landbündler jetzt verlaufen und dem Landbunde untreu werden. Das wäre meine Antwort. Sie verdienen es nicht, daß man darüber mehr spricht, denn als bürgerlicher Abgeordneter hier einen bürgerlichen Landeshauptmann so anzugreifen, ist nicht notwendig. Ich glaube, ich brauche als Bauer dazu nicht mehr zu sprechen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Gföller: Hohes Haus! Es ist mir einfach infolge der kurzen Redezeit selbstverständlich nicht möglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, ich möchte nur vorläufig sagen, daß mir auch der Appetit fehlt, auf die Ausführungen der Heimatblock-Vertreter einzugehen, einesteils, weil noch Gelegenheit sein wird, zu den einzelnen Verdächtigungen Stellung zu nehmen und andererseits, weil aus einem kleinen Beispiele zu entnehmen ist, wie die weiterfolgenden zu werfen sind. Zum Beispiel hat der Herr Abg. H o r n i k eine Schaudergeschichte von Diemlach bei Bruck erzählt, wo angeblich ein Wirt vor der Gefahr gestanden ist, von einer wütenden roten Masse aufgehängt zu werden. Und in demselben Atem erzählt er, daß zwei vorübergehende Menschen genügt haben, diese rote Masse davon abzubringen, daß der Mann wirklich aufgehängt worden ist. So sind alle diese Dinge beschaffen, so sind diese Ausführungen aufzunehmen, die da vermeldet worden sind.

Ernstester zu nehmen ist selbstverständlich das, was der Herr Landeshauptmann, das oberste Organ dieses Landes, in dieser Debatte gesagt hat. Der Herr Landeshauptmann hat damit begonnen, daß er eine eindrucksvolle Verwahrung von Stapel gelassen hat gegen die Ausführungen und Pauschalverdächtigungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters M a c h o l d. Zu dieser, mit dem hohen Brusttone der Überzeugung vorgebrachten Verwahrung, möchte ich nur sagen, daß wir selbstverständlich wissen und es auch anerkannt haben, daß es eine große Anzahl von Beamten gibt, die treu zu ihrer beschworenen Pflicht stehen, und daß es selbstverständlich ist, daß, wenn es einmal dieser armen Republik besser gehen wird, es dann Sache der Republik sein wird, Treue mit Treue zu vergelten. Aber damit schafft man nicht aus der Welt jene Erscheinung, die Tatsache, daß von einem Teile unserer Exekutive, von einem Teile unserer Behörden und Ämter doch mit zweierlei Maß gemessen wird, daß es bei Ihnen zweierlei Augen gibt, ein rechtes und ein linkes, mit denen man diese Dinge anschaut. (Zwischenruf: „So

wie bei Ihnen!“) Denn sonst könnte es auch dem Herrn Landeshauptmann nicht entgangen sein, daß in Gegenwart vieler Leute als Zeugen ein Gendarmerie-unteroffizier gesehen worden ist, wie er vormittags in der Heimatschutzuniform herumspazierend Dienst gemacht hat und erst nachmittags die Putzuniform ausgezogen und mit der legalen Uniform Dienst gemacht hat. Es dürfte dem Herrn Landeshauptmann nicht entgangen sein, daß bisher nicht eine, auch nicht eine Verurteilung von Putzschisten erfolgt ist, während wohl aber schon Arbeiter verurteilt worden sind, die sich herausgenommen haben, einige dieser Putzschisten am nächsten Tage in erregter Art zu stellen, wobei einer der Putzschisten „sogar“ eine Ohrfeige gekriegt hat. Dieser Arbeiter, der die Ohrfeige gegeben hat, der ist schon verurteilt worden, die Leute aber, die mit Maschinengewehren aufgefahren sind, die mit Mänteln geschossen haben, von denen ist noch keiner verurteilt worden. Und das ist das Entscheidende bei der Beurteilung der Dinge vom 13. September. (Doktor J l l i g: „Das ist Sache der Gerichte!“)

Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, daß seine Taktik vor allem dahingegangen ist, Blutvergießen in diesem Lande zu vermeiden; und ich möchte dem gegenüber sagen: Wenn der Herr Landeshauptmann eine andere Taktik eingeschlagen und wenn er es zustandegebracht hätte, daß die Autos mit der Wehrmacht in einem etwas schnelleren, als einem 10-Kilometer-Tempo nach Obersteiermark gefahren wären (H o r n i k: „Sie wollen ja die Wehrmacht überhaupt abbauen!“), daß es dann damals wahrscheinlich nicht zu den 2 Toten in Kapsenberg gekommen wäre, denn die sind erst am Nachmittag gefallen. Das ist es, was uns auffällt an Ihrer Aktion, daß, während zu anderen Zeiten die Exekutive — aus, ich weiß nicht, was für Ursachen und unter welchem Einflusse — sehr rasch zu arbeiten versteht, besonders dann, wenn es sich um Verbände von links handelt, wo nicht immer die Exekutive in einem 10-Kilometer-Tempo fahren soll, ist sie dann, wenn es sich um einen solchen Heimwehrputsch handelt, nicht zu sehen.

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte eines noch sagen: Der Herr Landeshauptmann beruft sich darauf, daß er sich daran erinnern könne, daß ihn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter M a c h o l d wiederholt gebeten habe, er möge die Exekutive zurückhalten. Das ist unzweifelhaft richtig, daß wir wiederholt interveniert haben, weil wir in diesem Staate nicht von heute sind, weil wir hier schon manches erlebt haben und weil wir wissen, daß bei manchen Exekutivorganen, durchaus nicht bei allen, bei der Mehrheit aber, die bewaffnete Macht viel rascher geltend gemacht wird gegen Leute von der linken als gegen die gleichen Verbrecher auf der rechten Seite. (H o r n i k: „Ah! Gibt es auch Verbrecher auf der linken Seite? Ich habe geglaubt, da gibt es nur Engel!“) Das hat der Herr Landeshauptmann vergessen. Bei jenen Interventionen, die M a c h o l d vorgenommen hat, da hat es sich um Ereignisse gehandelt, um den Kirschenrummel im Jahre 1920 und dergleichen mehr. Das waren Ereignisse, die geboren worden sind aus Verzweiflung, aus Not von breiten Bevölkerungsschichten. Beim Kirschenrummel

von Graz war es eine Gräfin und andere Damen, die neben den Kommunisten die Führer gewesen sind und nicht unsere Partei, aber weil es sich dort letzten Endes um verzweifelte Menschen gehandelt hat, haben wir den Standpunkt eingenommen, daß es nicht notwendig war, sofort gegen diese Menschen loszugehen. Und da war unserer Auffassung nach zu unterscheiden, daß man nicht verzweifelte Menschen gleichsetzt mit Menschen, die von Führern geleitet werden, die bewußt und systematisch darauf losgehen, das Elend der Menschen dazu zu benützen, um gegen die demokratische Republik vorzugehen. Das ist das Entscheidende. Der Herr Landeshauptmann wird nicht leugnen können, daß während des Kirchenrummels keine geschlossenen Formationen aufmarschiert sind, sondern der Herr Landeshauptmann wird zugeben müssen, daß am 13. September es das erstemal der Fall war, daß militärische Formationen kriegsmäßig ausgerüstet auf dem Plan erschienen sind, nicht um der Not Ausdruck zu verleihen, sondern um die Republik aus den Angeln zu heben. Deshalb kommt die Sache in ein Licht, in dem manchen der Verdacht kommt, daß auch der heutigen Erklärung des Herrn Landeshauptmannes, daß er jeden Akt von Ungefährlichkeit verurteilt, daß er auch in Zukunft jeder Ungefährlichkeit entgegenzutreten wird, nicht das richtige Vertrauen entgegengebracht werden könne und breite Schichten der Bevölkerung in dieser Erklärung die nötige Entschiedenheit vermissen und breite Schichten der Bevölkerung schon den Glauben an die Versicherungen unseres Landeshauptmannes verloren haben. (Zwischenruf: „Sie haben so keinen!“) Es gibt breite Schichten der Bevölkerung, die der Meinung sind, als der Herr Landeshauptmann von Ungefährlichkeiten gesprochen hat, daß es nicht sicher ist, ob ein Landeshauptmann, der den Heimwehru aufgeföhrt hat, nicht unter Umständen (Pichler: „Ihnen wäre es lieber gewesen, wenn der Herr Landeshauptmann die Jakobinermütze aufgeföhrt hätte!“) auch einmal eine Diktaturregierung als geföhliche Regierung anerkennen würde und daß es auch am 13. September schon Menschen gegeben hat, die sich die Frage vorgelegt haben, ja anerkennt der Landeshauptmann diese Proklamation Pfrimers, findet er dieselbe nicht ungeföhlich, weil er nicht mit der nötigen Raschheit eingreift. Nicht um das Schießen hat es sich gedreht (Dr. Illig: „O ja!“), daß man jedenfalls hätte schießen können, sondern um die Verteidigung unserer Verfassung, um das Tempo, in dem man gegen die Putschisten vorgegangen ist, die ja auch abends abgezogen sind, wenn sie auch nur gerochen haben, daß Militär kommt. Sie würden schon am Vormittag abgezogen sein, wenn sie erfahren hätten, daß Militär gegen sie unterwegs ist, die zwei Toten wären uns erspart geblieben. Was wir weiter dem Landeshauptmann vorzuwerfen haben, ist, daß wir fürchten müssen, daß ein Teil der Beamenschaft die Haltung des Landeshauptmannes mißversteht (Dr. Illig: „Sie geben also zu, daß der Landeshauptmann mißverstanden wurde!“), daß die Beamten da und dort der Meinung sind, daß, wenn der Landeshauptmann von Geföhlichkeit und Objektivität redet, sie sich passiv verhalten müssen und das ist es, was wir in unserem Lande zu befürchten

haben. Wir haben heute den Unterschied gesehen zwischen der entschiedenen Erklärung des Vertreters des Landbundes und zwischen der fragwürdigen Erklärung, die der Landeshauptmann abgegeben hat.

Ich möchte vor allem aber noch eines sagen, daß mir scheint, — ich habe keine Ratschläge zu erteilen — daß die christlichsoziale Partei in Steiermark auf einem Wege ist, bei welchem jeder ehrliche Republikaner sich sagen muß, es ist eine Schande für das Bürgertum, wie es sich in der heutigen Zeit gegenüber der Republik verhält. Ich möchte Sie erinnern an das Jahr 1848, in welchem Studenten und Bürgertum gemeinsam mit Arbeitern auf den Barrikaden für die Befreiung gekämpft haben, ich möchte erinnern an das Jahr 1897, in welchem Jahre wieder Arbeiter und Studenten und Bürgertum gemeinsam den Kampf gegen die Badenverordnungen geführt haben, die auch die Rechte der Bevölkerung eingeschränkt haben. Ich möchte auch erinnern an das Jahr des großen Wahlrechtskampfes, in welchem erhebliche Schichten des Bürgertums dem Kampfe der Arbeiter um das allgemeine Wahlrecht mit Sympathie gegenübergestanden sind, und nicht zum Schlusse möchte ich erinnern an das Jahr 1918, in dem mit werktätiger Unterstützung des damals revolutionären Bürgertums diese Republik ohne Blutvergießen in Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse errichtet worden ist. Wir sehen, daß in der Vergangenheit das Bürgertum, und zwar, das kapitalistische selbstverständlich, daß es selbst um diese Freiheiten im Staate gekämpft hat, für den Boden, auf dem es möglich ist, seine Ideen zu vertreten. Heute aber scheint es, daß die christlichsoziale Partei von Steiermark jeden Glauben an die Werbefähigkeit ihres Programmes und ihrer Ideen verloren hat, weil sie eine Haltung einnimmt, die vielleicht nicht ausschließt, daß sie unter dem Drucke, den das Versagen ihres Programmes hervorruft, selbst ganz gern einen solchen Putsch und Aufrichtung einer solchen Diktatur sehen würde, um unter dem Schutze der Diktatur ihr Programm vor der Bevölkerung zu verbergen. Es ist meiner Meinung nach nicht nur sklavische Gesinnung, daß ein Teil der Christlichsozialen es nötig hat, nach der Diktatur zu drängen, daß sie gerne Sklaven sein möchten, sondern es ist auch die Angst vor dem Versagen der bürgerlichen Ideen, die darin liegt, daß ein Teil der bürgerlichen Parteien heute faschistisch ist. Und nun einige Worte zum Linzer Programm. Dieses ist in allen Buchhandlungen zu kaufen, es ist eine Broschüre, die jedermann in diesem Staate zugänglich ist, und wir legen selbst das allergrößte Gewicht darauf, daß möglichst viele Menschen dieses Programm lesen möchten. Wenn Sie diese Broschüre wirklich lesen, nicht nur buchstabieren, so werden Sie darauskommen, daß nach diesem Programm unter einer Bedingung vorübergehend eine Diktatur möglich ist, aber nur dann, wenn das kapitalistische Bürgertum unter einem demokratischen Mehrheitsregime mit Gewalt sich gegen diese demokratische Mehrheit der Bevölkerung auflehnt. Für diesen einzigen Fall sieht das Linzer Programm als Abwehrmittel, als Verteidigungsmittel, die Diktatur vor. Es heißt ausdrücklich, daß diese Diktatur nur solange dauern soll,

solange die demokratische Mehrheit, die Demokratie selbst, vom kapitalistischen Bürgertum bedroht wird. Wir als Sozialdemokraten sind grundsätzlich und aus den Erfahrungen des jahrzehntelangen politischen Lebens der tiefinnerlichen Überzeugung, daß letzten Endes Gewalt immer wieder Gewalt gebiert und daß die größte Sicherheit für die Entwicklung der großen, speziell unserer Ideen, der friedliche Weg der demokratischen Entwicklung ist. Nicht Kampf mit den Fäusten, sondern die Gehirne und Seelen der Menschen verlangen wir, und für diesen Zweck brauchen wir Sozialdemokraten den Boden der Freiheit, um zu werben für unsere Ideen, zu kämpfen mit friedlichen Mitteln für unsere Ideen, weil wir sie für sieghaft halten. Wir vertrauen auf die revolutionäre Gewalt der Idee, die uns auf dem Boden der demokratischen Republik Genüge leistet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kammerhofer: Hohes Haus! Wir haben schon schweren Herzens auf die heutige Sitzung gewartet und waren uns darüber nicht im unklaren, daß wir von den Herren auf der linken Seite des Hauses wegen des 13. September auf das schwerste angeflegelt werden. Das, was wir bisher von den Herren gehört haben, haben wir erwartet, und es ist diese unsere Erwartung in Erfüllung gegangen. Ich muß aber feststellen, daß von dieser Seite aus das bürgerliche Regime mit dem bürgerlichen Landeshauptmann angegriffen und mit den Exekutivbehörden in den Hof gezerrt wurde, und daß sich ein Abgeordneter einer bürgerlichen Partei gefunden hat, der ihr dazu Vorschub leistet. (Hornik: „Das wundert uns doch nicht mehr!“) Ausgerechnet der Abgeordnete Ferner des Landbundes war es, der den Sozialdemokraten bei den Angriffen gegen das Bürgertum Schützenhilfe leistete. (Ferner: „Seid Ihr das Bürgertum? Umstürzler!“ — Hornik: „Sie sind der Mann für Recht und Ordnung!“ — Ferner: „Wir schon, wir Landbündler!“) Nun, wenn vom 13. September überhaupt gesprochen wird, so möchte ich feststellen... (Zwischenrufe).

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. Der Herr Abg. Kammerhofer hat das Wort.

Kammerhofer (fortfahrend): Ich habe ja Zeit und habe es nicht so eilig. Meine Herren! Warum fängt es in diesem Staate überall in allen Ecken zu krachen an? Des Rätsels Lösung ist leicht, wenn man sich vor Augen hält — und da möchte ich feststellen, daß dies Zahlen sind von Jahren, wo wir vom Heimatblock hier nicht gefessen sind —, daß an Aufwand des Bundes, der Länder, der Bezirke und Gemeinden über 3,3 Milliarden Schilling pro Jahr verbraucht werden, an sozialem Aufwand und Fürsorgeabgaben 420 Millionen Schilling, zusammen rund 3,8 Milliarden Schilling, bei einer Einwohnerzahl von nur 6 Millionen Menschen, das ergibt eine Belastung pro Kopf von 650 S, die die Wirtschaft auf die Dauer unmöglich ertragen kann. (Ferner: „Das hat die Starhemberg-Regierung aufgestellt!“) Sie wissen genau

so gut, wie ich es weiß, daß nicht der Regierungschef die Voranschläge aufstellt, sondern der Beamtenapparat von Bund und Ländern dazu berufen ist. (Hornik: „Und Ihr habt ihn um 250 Millionen für 1931 erhöht!“ — Ferner: „Vermindert!“ — Hornik: „Erhöht, Ihr feinen Vögel! Ja, jetzt reden Sie, Herr Ferner, jetzt machen Sie Ihren Mund auf, Ihren Brotladen!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, doch die parlamentarische Form einzuhalten. (Hornik: „Jetzt paßt Ihnen der Präsident!“)

Kammerhofer (fortfahrend): Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Machold und Landesrat Leichin haben uns ja geschildert, was sie am 13. September erfahren haben, und der Herr Abg. Hornik hat uns geschildert, was er am 15. Juli 1927 in Bruck mitgemacht hat. Wir sehen, daß das Auswüchse und Explosionen des Volkes sind, die letzten Endes ihre Ursache in der wirtschaftlichen Lage und der Not, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Gewerbetreibenden, der Bauernschaft, aber auch der Beamtschaft haben, und vielfach die Haupttriebfeder sind, daß es zu solchen Auswüchsen kommt. Ich habe früher an der Hand der Kopfbelastung aufgezeigt, daß es unmöglich ist, diese Lasten unserer arbeitenden Bevölkerung weiter aufzubürden, und daß es nur dann möglich ist, die gesamte Wirtschaft, die heute noch am Leben ist, vor dem Ruin zu bewahren, wenn diese Lasten energisch abgebaut werden.

Wir werden in der nächsten Zeit zu verschiedenen Ausführungen des Herrn Abg. Ferner noch sprechen können. Der Herr Abg. Ferner hat heute erklärt, daß in seiner Gegend unzählige Bauern sind, die vor der Exekution stehen oder erequiert werden sollen, und wie viele Monate ist es her, daß der Herr Finanzreferent als Antwort auf unsere Anfrage erklärt hat, daß es sich in der dortigen Gegend nicht um Leute dreht, die nicht zahlen können, sondern die nicht zahlen wollen. (Höpfel: „Wann habe ich das gesagt? Niemals! Sie scheinen ein kurzes Gedächtnis zu haben.“)

Wenn Sie den Voranschlag für das künftige Jahr durchsehen, meine Damen und Herren, so werden Sie darin eine Post sehen, „Einnahmen aus den Verzugszinsen für die Realsteuern des Landes“, wobei zum Großteil die Bauern die Leidtragenden sind, und wenn wir dort als Einnahmen für das Land statt der bisherigen 30.000 S eingestellt sehen 200.000 S, dann frage ich Sie, was Ihr Parteikollege, der Herr Finanzreferent, für die Landwirtschaft übrig hat und was er zu tun gedenkt.

Die Sozialdemokraten sind die berufenen Hüter von Gesetz und Ordnung, was sie schon vielfach bewiesen haben, zum erstenmal in den Tagen des Umsturzes, in den Jahren 1918 und 1919, wo das angestammte arische Volk noch unter den Fahnen gestanden ist, wo sie es verstanden haben, dem deutschösterreichischen Volke eine Verfassung aufzuzwingen, die nicht der Allgemeinheit, sondern nur ihren Parteiinteressen entspricht. Diese Herren, die im Jahre 1918 Hochverrat begangen haben dadurch, daß sie ein früheres Regime

gestürzt und an seine Stelle ein anderes Staatsgebilde aufgestellt haben, die sind heute Hüter von Gesetz und Ordnung und die größten Gegner von Hochverrat und Umsturz. (Hornik: „Sie sind uns mit gutem Beispiel vorangegangen!“ — Ferner: „Da werden die Nationalsozialisten horchen!“ — Meyszner: „Wer ist schuld daran, daß wir an Frankreich verschuldet sind? Ihr mit Eurer Kreditanstalt!“ — Ferner: „Ihr habt im Ausschuß dafür gestimmt!“ — Regner: „Sie sind ein Hutschenschleuderer!“ — Meyszner: „Das sind Sie, denken Sie an Ihre Sommerfrische auf der Stolzalpe!“)

Es ist Ihnen leid, daß es am 13. September nicht zu einer Schieberei gekommen ist, und zwar deshalb, weil die Exekutive nicht auf den Heimatschutz geschlossen hat, denn wenn die sich gegenseitig geschwächt oder besser noch aufgerieben hätten, so hätten Sie mit Ihrem Schutzbund die Macht im Staate gehabt und hätten Ihr Linzer Programm ohne Widerstand der restlichen Bevölkerung aufdiktieren können. (Regner: „Oh, wie schlau!“) Meine Verehrten, das wird Ihnen auch in Zukunft nicht gelingen, und solange Steiermark bürgerlich gesinnt ist, wird es ein bürgerlicher Landeshauptmann verhindern können, daß dieses Ihr Ziel Wirklichkeit werde und daß wir Ihnen in Steiermark in die Hand spielen werden, um Ihre dunklen und unsauberen Einrichtungen, wie sie in Rußland und in den in Ihrer Hand befindlichen Staaten bestehen, ausführen zu können.

Sie greifen Jugoslawien, Italien und Ungarn an, und weiß ich was noch für Länder, und ich sage Ihnen, wir lehnen alle diese Zustände, wie sie in diesen Ländern sind, ab, ich und mit mir unzählige Heimatschützer. Wir wollen Zustände haben, wo es dem einfachsten Arbeiter und Beamten und jedem anderen Mitbewohner dieses Landes, dieses Staates möglich sein muß, Arbeit zu bekommen und auf Grund seiner Arbeit leben zu können. (Machold: „Das wird der Pfrimer herbeiführen!“) Wir werden Ihnen zeigen, was wir machen können. Sie haben ein Jahrzehnt lang gezeigt, daß Sie nichts machen können. Darum, Verehrte, möchte ich Ihnen zum Schluß noch einmal vor Augen führen, daß der versuchte Umbau eines solchen Staates nicht ein Verkaufen und Verraten der Ideale, sondern lediglich der Ausbruch verzweifelter Massen (Leichin: „Verzweifelter Getreidehändler!“ — Hornik: „Da kennen Sie sich gut aus bei diesem Geschäft! Was hat das Ihnen getragen?) aus Furcht vor Not und Elend war. Herr Landesrat Leichin, Sie wissen ja, daß in Ihrer Kanzlei die Anklage wegen des 13. September fabriziert wurde. Sie wissen, daß das, was Sie erzählen, nicht den Tatsachen entspricht, sondern dazu dient, andere, ehrliche Menschen in den Kot und Dreck zu zerren zum Zwecke eigener Vorteile.

Hohes Haus! Ich stelle nun noch einmal fest, daß es sich hier nicht um den 13. September allein dreht, sondern hauptsächlich darum, ob in Zukunft in Steiermark die bürgerliche Richtung maßgebend sein wird oder ob die sozialdemokratische Richtung gehandhabt werden wird. Das ist der Grund der Anfehlungen

gegenüber dem Herrn Landeshauptmann, der Exekutive und gegen uns, mögen sie kommen, woher sie wollen. (Beifall bei den Heimatschützern.)

Präsident: Hiemit ist die Rednerliste erschöpft. Es liegt mir ein Beschlusantrag des Landbundes vor... (Ing. Wihany: „Ich bitte um das Wort!“) Die Wechselfrede ist geschlossen, ich kann daher niemandem mehr das Wort erteilen.

Ich lese nun den Antrag vor (liest):

„Der steiermärkische Landtag mißbilligt auf das schärfste die Ereignisse des 13. September und richtet daher an den Landeshauptmann die Aufforderung, unverzüglich an alle Unterbehörden Weisungen ergehen zu lassen, um die Wiederholung solcher Ereignisse für alle Zukunft hintanzuhalten.“

Der Antrag ist eingebracht von Mitgliedern des Landbundes.

Zum Beschlusantrag erteile ich Herrn Abg. Doktor Illig das Wort.

Dr. Illig: Hohes Haus! Der Landbund hat einen Beschlusantrag vorgelegt, und möchte ich namens unserer Fraktion zu diesem Antrage Stellung nehmen.

Würde dieser Antrag unter normalen Umständen gestellt werden, ohne das, was dem Antrage vorangegangen ist, würden wir keine Bedenken tragen, dafür zu stimmen, da wir mit dem meritorischen Inhalt desselben sozusagen einverstanden sind. (Gföllner: „Aber nur sozusagen!“) Die christlichsoziale Partei hat unmittelbar nach den Ereignissen des 13. September in unzweideutiger Weise verlautbart, daß sie die Ereignisse dieses 13. September bedauert und keinesfalls billigt. Es ist auch selbstverständlich, daß die christlichsoziale Partei Steiermarks, wie der Herr Landeshauptmann heute erklärt hat, auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit steht und Ungefehllichkeiten niemals billigen kann. Das Meritorische dieses Antrages erregt daher bei uns keine Bedenken. Aber der Herr Abg. Ferner, der namens seiner Partei gesprochen hat, hat leider in so unglücklicher Weise den Antrag begründet, in einer Art, die grundlose Angriffe gegen unseren Landeschef beinhaltet hat, in einer Art, die zum Teil der Argumentation der Sozialdemokraten zugestimmt hat, daß wir aus diesem Grunde und nur deshalb dafür nicht stimmen können, weil es sonst den Eindruck erwecken würde, daß wir nicht nur für diesen Antrag sind, sondern uns auch mit der Argumentation des Herrn Abg. Ferner identifizieren würden. Sie können uns nicht zumuten, daß wir einer Begründung zustimmen, welche den Landeshauptmann und unseren Chef angegriffen hat. (Ferner: „Die die Meinung der Mehrzahl des Volkes ist!“) Inwiefern das die Meinung der Mehrzahl des Volkes ist, ist seit der letzten Wahl wohl sehr fraglich geworden. Es ist absolut nicht sicher, ob hinter Ihnen und Ihrer Partei, genau so wie hinter den Sozialdemokraten, noch jene Wählermassen stehen, die bei der letzten Wahl hinter Ihnen gestanden sind. Würden wir jetzt eine Wahl durchführen, so würde es sich zeigen, daß der größte Teil von Ihnen auf der linken und halblinken Seite gar nicht mehr berechtigt

ist, da zu sitzen, weil nun anders entschieden würde. (Meyßner: „21 Minuten lang würden Sie sein!“) Da Sie mir durch Zwischenrufe Anlaß geben, so möchte ich doch noch etwas sagen. (Machold: „Gehört das noch zum Antrag oder ist das schon Eröffnung der Debatte? Dann melde ich mich auch zum Worte!“)

Präsident: Ich bitte, bei der Sache zu bleiben und nur zum Antrage zu sprechen.

Dr. Illig (fortfahrend): Ich will zur Begründung des Antrages zurückkehren und nochmals wiederholen, daß wir uns deshalb der Abstimmung über diesen Antrag enthalten müssen, weil wir der Begründung des Herrn Abg. Ferner, die sehr unglücklich und deplaciert war, in keiner Weise beistimmen können. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Ing Wikang: Ich habe mich zu Beginn zur Begründung dieses Antrages zum Worte gemeldet. Nachdem der Herr Präsident jedoch anders entschieden hat, muß ich etwas sagen zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Illig, die eine Begründung dafür sein sollen, warum die christlichsoziale Partei dem ansonst sachlichen Antrage des Landbundes nicht zustimmen kann. Es wurde heute immer und immer wieder betont, daß diese oder jene Gruppe nicht das Recht habe, hier im Hause zu sitzen, weil die Bevölkerung über sie zur Tagesordnung hinweggegangen sei. (Rottenmanner: „Stimmt!“) Gegenwärtig liegt ein Antrag vor, über den die hier anwesenden Landtagsabgeordneten abzustimmen haben. Wir 48 Abgeordneten sind also noch verpflichtet, Stellung zu nehmen, ob wir für die Aufrechterhaltung unserer Staats-, unserer Landesverfassung sind oder nicht. Nur aus dem Grunde haben wir den Antrag gestellt, dem wir folgende kurze Begründung vorausgeschickt haben (liest):

„Zweimal seit dem Bestande der österreichischen Republik, am 15. Juli 1927 und am 13. September 1931, hat ein Putsch den österreichischen Staat und dessen ohnehin in ärgster Bedrängnis befindliche Wirtschaft aufs schwerste gefährdet. So wie im Jahre 1927 die Bundesregierung dem verruchten Anschlag mit aller Tatkraft gegenübergetreten ist, so ist es auch angesichts der Ereignisse des 13. September eine selbstverständliche Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften, die Bundesregierung in ihrer Abwehr und ihren Vorbeugungsmaßnahmen zu unterstützen.“

Deswegen, weil Abg. Ferner eine Rede gehalten hat, die dem Abg. Dr. Illig nicht in allen Dingen gepaßt hat, glauben wir, daß die christlichsoziale Partei nicht das Recht hat, daraus die Folgerung zu ziehen, daß sie gegen unseren Antrag stimmt. (Dr. Illig: „Glauben heißt nichts wissen!“ — Heiterkeit.)

Machold: Ich habe eine Begründung des Antrages gehört, der wir auf keinen Fall beipflichten können. Es wird in der Begründung der 13. September in Analogie zum 15. Juli gebracht. Was die Herren Landbündler dem Antrage für eine Begründung geben, ist uns nebensächlich, für uns ist die Hauptsache der Antrag. Für den Antrag werden wir stimmen mit unserer Begründung.

Präsident: Ich schreite nunmehr zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche dem von mir vorgelesenen Beschlußantrage ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte den Schriftführer, auszuzählen. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Es kommt nunmehr zur Verhandlung die **dringliche Anfrage der Abg. Gföller, Machold, Aust und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend planmäßiger Bekämpfung der Wirtschaftsnote.**

Zur Begründung der Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. Gföller das Wort.

Gföller: Hohes Haus! Seitdem der Landtag das letzte Mal beisammen war, ist in unserem Lande eine Verschärfung der Wirtschaftskrise eingetreten. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, wir haben Überproduktion und einen ungeheuerlich vermehrten Lohndruck und andererseits ist die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten weiter eingeschränkt worden. Als Folge dieser Erscheinung sehen wir die Not unter den Bauern und Gewerbetreibenden sich steigern und heute haben wir schon in der Debatte einige Details aus dieser Bauernnot gehört. Man muß aber zu dieser Krise vor allem sagen, daß nahezu alle bisher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Krise im wesentlichen versagt haben und daß unserer Meinung nach vor allem der Grund des Versagens darin liegt, daß man zum Teil falsche Maßnahmen getroffen hat, vor allem aber, daß es an Planmäßigkeit bei der Bekämpfung der Krise gefehlt hat. Es ist selbstverständlich, daß die österreichische Krise nicht eine Einzelercheinung in der Welt ist, daß letzten Endes unsere Not begründet ist in der allgemeinen Weltwirtschaftskrise. Es ist selbstverständlich, daß einen hervorragenden Anteil an unserer Not die Weltwirtschaftskrise hat und nur durch Fehler im österreichischen politischen Leben, wie man die Not bekämpft, die österreichische Wirtschaftskrise noch besonders verschärft wird. Einer dieser Fehler, den wir auch bei uns in Österreich finden, ist vor allem der Glaube, daß es notwendig sei, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten und womöglich die Zahlungsbilanz aktiv zu gestalten, dann sei der Schlüssel zur Behebung der Not gegeben. Es darf bei diesem Gedanken, bei diesem Ruf nach der Autarkie nicht übersehen werden, daß gerade eine ausgeglichene Handelsbilanz doch nur erreicht werden kann auf dem Wege einer weiteren Verelendung unserer Bevölkerung. Autarkie heißt nicht Wohlergehen der Bevölkerung. Abschluß von allen übrigen Wirtschaftsstaaten würde lediglich heißen, daß ein unerhörtes Sparprogramm unsere Bevölkerung neuerdings erdrücken würde, unserer Bevölkerung neuerdings das Leben unmöglich machen würde. Dieser Vorschlag zur Lösung der Not ist nicht geeignet, die Not wirklich zu beseitigen, das Gespenst der Not wirklich zu bannen. Wir können nicht sagen, daß Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die Menschen noch mehr einzuschränken, den Menschen noch mehr Entbehrungen aufzuerlegen, das Erstrebenswerte sein können. Wir finden aber auch, daß die einzelnen Maßnahmen zum Teil vollständig versagen und versagen müssen. Wir haben zum Beispiel in diesem neuen Öster-

reich im letzten Jahrzehnte eine Zollpolitik betrieben, die nicht Hilfe für die Bauernschaft bedeutet hat, sondern die lediglich eine Belastung der weiten Schichten der Bevölkerung bedeutet hat, ohne, wie gesagt, der Bauernschaft wirklich helfen zu können. Wir finden bei der Devisenordnung wieder die alten Fehler. Es ist selbstverständlich, daß die Devisenordnung hat kommen müssen, daß eine Regelung auf dem Gebiete des Zahlungsverkehrs, des Verkehrs mit Auslandszahlungen notwendig war. Aber die Wirtschaftskreise selbst sagen, daß die Devisenordnung zu spät erflossen ist und außerdem muß man auch heute wieder feststellen, daß bei der Devisenzuteilung wahllos vorgegangen wird. Während auf der einen Seite für Luxusartikel, für Dinge, die nicht zum Leben notwendig sind, Devisen zuteilt worden sein sollen, werden auf der anderen Seite ausländische Zahlungsmittel für absolut notwendige Rohstoffe, oder Lebensmittel, die unsere Landwirtschaft noch nicht zu liefern vermag, verweigert. Es fehlt der ganzen Wirtschaft die Planmäßigkeit, das Abwägen der gegenseitigen Interessen, es fehlt der Gedanke, daß es ja nicht einen Stand oder eine Schichte allein im Staate gibt, sondern wir alle zusammen leben müssen (Hornik: „Sozialdemokratische Wirtschaftslehre!“), eine Schichte von der anderen abhängig ist.

Hinsichtlich der Steuerfrage möchte ich folgendes sagen: Es ist selbstverständlich, daß es eine Katastrophe für Hunderte von Bauernhäusern bedeutet, daß gerade in diesen furchtbaren Zeiten der Not, in dieser Zeit des furchtbaren Preissturzes agrarischer Artikel rückständige Steuern eingetrieben werden. Es ist kein Wort dagegen zu sagen, daß man diesen Menschen die Steuern stunden will, eine Art Steuermoratorium erlassen worden ist. Wir wünschen aber, daß Gleichmäßigkeit und Gleichartigkeit dabei gehandhabt wird, daß dasselbe den anderen notleidenden Schichten der Bevölkerung gegeben wird, daß man Steuerstundungen auch Arbeitern, Gewerbetreibenden und Angestellten zugesteht, die sich in der gleichen Notlage befinden. Wir sehen vor allem aus der Bekämpfung der Bauernnot, daß bisher der größte Fehler unserer Auffassung nach die Planlosigkeit aller Hilfsmaßnahmen gegenüber der Landwirtschaft gewesen ist und daß es gerade da am dringendsten notwendig wäre, endlich einmal an einen planmäßigen Wiederaufbau, an eine planmäßige Bekämpfung der Krise in der Landwirtschaft zu gehen.

Unsere Gewerkschaften, unsere Partei haben den öffentlichen Körperschaften und der Öffentlichkeit ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt, in dem jene Gedanken enthalten sind, die wir hinsichtlich der Bekämpfung der großen Wirtschaftsnot haben. Wir haben bisher vermißt, daß die öffentlichen Körperschaften dazu entsprechend Stellung genommen hätten und haben weiters vermißt, daß bürgerliche Parteien in entsprechender Form zur heutigen Frage der Wirtschaftsnot Stellung genommen hätten. Wir finden, daß auch da und dort, wie in der Grazer Bauernkammer, Forderungen erhoben werden, Forderungen, die aber nicht abgestimmt sind auf das gesamte Volkswirtschaftsleben, sondern Forderungen, die immer wieder nur aus dem Augenblick geboren sind. Wir finden aber auch, daß heute aus der begreiflichen Erregung weiter Bauernschichten,

der begreiflichen Verzweiflung weiter Schichten der Kleingewerbetreibenden, Arbeiter und Angestellten Kundgebungen entstehen, die auch zur Not Stellung nehmen, und zwar in der Form, daß zum Beispiel vorbereitete Entschlüsse hinausgegeben werden, die an der Spitze die Forderung: „Abkehr von den politischen Parteien, und Errichtung des Ständestaates“ tragen und zum Schluß die zwei Forderungen: „Verschärfung der strafgerichtlichen Bestimmungen besonders für Delikte wider Eigentum und Leben“ und die gegenteilige Forderung: „Die Wiederindienststellung der anlässlich der Ereignisse vom 13. September entlassenen Beamten und Entlassung der Führer.“ Wir sehen, daß die Not weiter Schichten der Bevölkerung dazu benützt wird, um das politische Leben zu vergiften, wir sehen, daß die Not weiter Massen der Bevölkerung einem Teile des politisch tätigen Bürgertums in Österreich lediglich dazu gut genug ist, um politisches Kapital daraus zu schlagen. Wir wissen, wohin die Bestrebungen dieser Herren führen, und ich möchte der Debatte von vorher noch einiges hinzufügen. Der Heimatschutz, der zu dieser Gattung von Bewegungen zählt, hat zuletzt in Graz die Devise: „Nicht Habsburg, sondern Harzburg aufgestellt.“ Ich muß aber sagen, daß wir der Meinung sind, daß weder die Devise Harzburg noch Habsburg (Hornik: „Sondern Moskau!“) geeignet sein könnte, die Not der weiten Schichten zu lindern. Allerdings wissen wir nicht, ob diese Losung heute noch in voller Gültigkeit ist. In den Zeitungen hat man lesen können, daß der oberste Bundesführer den Landesführer desavouiert hat (Hornik: „Mit der Zeit werden Sie schon darauf kommen!“) und sich gegen diese Parole ausgesprochen hat, da er mehr für Habsburg als für Hohenzollern schwärmt. Harzburg bedeutet nämlich nichts anderes als Hohenzollern. (Menszner: „Das träumen Sie!“) Dort war eine Versammlung aller Reaktionäre, von Hitler angefangen bis zu Vertretern des Hauses Hohenzollern und bis zu Vertretern der Schwerindustrie von Deutschland. (Menszner: Wenn Sie dabei gewesen wären, wäre noch der Lenin dazugekommen!) Wir verstehen es daher, was die Gruppe, die von diesen Leuten die Gelder zur Bestreitung ihrer Aktionen bekommt — Hunderttausende wurden aus Deutschland nach Österreich verschickt —, wir verstehen es, was diese Bewegung unter Ständestaat sich vorstellt. (Hornik: „Wie ist es mit dem Streite zwischen der 2^{1/2} und der 3. Internationale?“) Das soll ein Ständestaat sein, der besteht aus den adeligen und den nicht adeligen Menschen, also aus den Edelingen, die dazu bestimmt sind, die Geschäfte der kapitalistischen Gruppen in einem solchen Ständestaat zu besorgen. Und da muß man wirklich auch sagen, daß die bürgerlichen Parteien wahrlich alle Ursache hätten, selbst darüber nachzudenken, ob sie gut tun mit ihrer Tolerierungspolitik gegenüber den Hakenkreuzlern und gegenüber der Heimatschutzbewegung. Denn wenn es auch dem Heimatschutz unangenehm ist, wenn man auf das Beispiel von Italien oder Jugoslawien verweist, so ist das doch die einzige konkrete Belehrungsmöglichkeit (Hornik: „Das Beispiel des ungarischen Bela Kun ist auch sehr belehrend!“), die wir für die Bevölkerung

selbst haben, daß wir ihr zeigen, wo die Ideale der Diktaturfreundlichen Heimatblöcker liegen. Es ist heute schon in der Debatte darauf hingewiesen worden, daß der Faschistenstaat so unter der Wirtschaftsnot leidet, daß die größte italienische Bank zusammengebrochen ist und der Staat selbst ein Arrangement treffen mußte, um sie vor dem völligen Zusammenbruch zu schützen. Ich möchte noch verweisen darauf, daß auch in Ungarn sich das Volk in einer geradezu verzweifelten Lage befindet, nämlich die breiten Schichten der Bevölkerung, und daß dort wieder die Fürsten und Grafen herrschen, die Protektoren und Freunde der Heimatschutzbewegung in Österreich sind, daß sie aber den Idealstaat unserer Heimatschützer dort schon aufgerichtet haben und daß dort die Bauern, Arbeiter und Angestellten förmlich Sklaven sind. Das dort ist auch das Ideal unseres Heimatschutzes, jenes Ideal, innerhalb dessen die ungarischen Fürsten und Grafen ihre Macht benützen, um sich auf Kosten der Bevölkerung maßlos zu bereichern. Das Volk aber leidet dort Hunger und der Staat überlegt es sich, ob er nicht um ein Moratorium, ob er nicht um einen Aufschub, oder eine Aufhebung der Schulden- und Zinsenzahlung ansuchen muß, ein Land, in dem wir eine Diktatur haben, ein Land, in dem jene Ideale verwirklicht sind, von denen unsere Leute glauben, daß es damit möglich ist, die Wirtschaftsnot zu bannen. Aber auch die starke Faust (Hornik: „Des Herrn Breitner!“) der Diktatur wird es nicht ermöglichen, aus Steinen Brot hervorzuzaubern.

Wenn es überhaupt möglich ist, die Wirtschaftskrise und Not zu bekämpfen, so ist das nur durch ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller arbeitenden Schichten in diesem Lande möglich. Und um den Weg vorzubereiten, haben wir diese unsere dringliche Anfrage gestellt. Unsere dringliche Anfrage fordert den Herrn Landeshauptmann auf, er möge erklären, ob er bereit ist, im Sinne der Begründung dieser Anfrage dringlich bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß diese

1. eine Fachmännerkommission einsetzt, damit diese ein Programm zur planmäßigen und planwirtschaftlichen Bekämpfung der Wirtschaftsnot als Sofortprogramm und

2. ein Programm zum planmäßigen und planwirtschaftlichen Wiederaufbau und Ausbau der österreichischen Wirtschaft erstelle, ferner

3. entsprechende Gesetzesentwürfe ehestens dem Nationalrat und den Landtagen vorlege.

Wir wissen, daß der Landtag nicht imstande ist, planmäßige Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftsnot zu treffen, daher die Initiative nur bei der Bundesregierung liegt. Unsere Gewerkschaften haben die erste Initiative ergriffen, und zwar am gleichen Tage (Hornik: „Also auch gepulst!“), an dem eine andere Gruppe ausgezogen ist, um den letzten Rest von Vertrauen an den Staat zu zerstören. Diese unsere Initiative hatte nur einen allzu bescheidenen Erfolg, man hat bisher nichts davon gehört, daß die Regierung sich entschlossen hätte, planmäßige Maßnahmen zu erwägen und darüber nachzudenken, was man wirklich

in diesem Staate tun kann. Wir wären ohneweiters in der Lage gewesen, planmäßige Maßnahmen — vor allem unser Wirtschaftsprogramm in dieser Anfrage — aufzuzählen, haben das aber unterlassen, einerseits, weil unser offizielles Parteiprogramm ja bekannt ist und weil wir andererseits einen Antrag stellen wollten, dem auch die leisesten Zweifel, daß es Demagogie sein könnte, entzogen werden sollten, daß nämlich alles einer Fachmännerkommission zugewiesen werden soll, die nach volkswirtschaftlichen, agrarischen und anderen fachlichen Gesichtspunkten wirklich die Not unserer Wirtschaft an ihrem Auge vorübergehen lassen und jene Maßnahmen erwägen soll, die geeignet wären, die Not planmäßig zu bekämpfen. Wir wissen, daß es der Landtag nicht in der Hand hat, daß derartige Maßnahmen getroffen werden, aber wir glauben, daß es ein Vergehen an der Bevölkerung wäre, wenn nicht auch der Landtag in Wahrung der Interessen jener Menschen, die im Lande leben, alle Schritte unternommen hätte, die dazu führen, daß endlich eine planmäßige Bekämpfung der Wirtschaftsnot einsetzen soll. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Dr. Rintelen: Die ungeheuer schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Staate haben dazu geführt, was ja auch von anderen Staaten vielfach mitgemacht wird, daß die jeweiligen Regierungen, gerade wie hier im Lande, mit den größten Schwierigkeiten kämpfen, um eine gewisse Ordnung im Staatshaushalte herzustellen, so daß gegenwärtig gerade die staatsfinanzielle Seite im Vordergrunde des Interesses steht. Und es ist dies auch richtig, weil gerade die staatsfinanzielle Seite bei der Herstellung des Budgets von ungeheurer Bedeutung ist, wie die Frage der Valuta, jene Frage, die in ihrer Reflexwirkung entscheidend für das wirtschaftliche Leben selbst ist. Es ist aber richtig, daß über diesem Problem der Staatsfinanzen die Frage der materiellen wirtschaftlichen Not selbst nicht zurückstehen darf, und ich bin daher sehr gerne bereit, im Sinne dieser Anfrage bei der Bundesregierung vorzusprechen in der Richtung, daß die nötigen Vorschläge ausgearbeitet werden müssen, nämlich wegen Bekämpfung der Wirtschaftsnot, wegen Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft und Erlassung entsprechender Gesetzesentwürfe in diesem Sinne.

Mein Herr Vorredner hat in seinen Ausführungen, soweit sie die wirtschaftliche Frage berührt haben, auch gewisse Probleme angeschnitten, wo ich mit ihm nicht derselben Meinung bin, wenn ich auch dem Probleme selbst, daß wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit geleistet werden muß, zustimme; das ist zum Beispiel die Frage der Zölle und die Frage der Art, auf welche zum Beispiel der Landwirtschaft geholfen werden soll. Ich bin der Meinung, daß es bei uns vielleicht ein Fehler war, daß man aus politischen Situationen heraus der Landwirtschaft einen zu geringen Zollschutz gegeben hat, daß man zu sehr das

Schwergewicht auf eine Steigerung der Produktion gelegt hat. Das war an sich gut, aber man hat dabei vergessen, daß auch eine Steigerung der Absatzmöglichkeit aus dem Konsum entstehen muß. Wenn das nicht geschieht, so tritt, wenn die Produktion gesteigert wird und der Absatz zu gering bleibt, eine Verstopfung ein, wenn ich so sagen darf. Wir haben das ja auch bei der gesteigerten Milchproduktion gesehen. Aber, wie gesagt, das sind verschiedene Meinungen über Grundprobleme der Wirtschaft, und das ist kein Hindernis, das dem Antrage entgegenstehen soll.

Es wird hier in diesem Antrage auch über die Frage der planmäßigen Wirtschaft gesprochen. Natürlich herrschen auch über diese Frage und diesen Begriff geteilte Meinungen, aber auch das soll natürlich kein Hindernis sein. Wenn ich eine planmäßige Wirtschaft in dem Sinne eines planmäßigen Aufbaues verstehen soll, so wird dieser Ansicht in dem Sinne vielleicht Rechnung getragen werden können. Wir haben ja auch bei der Viehwirtschaft durch das Viehverkehrsgesetz

eine Planwirtschaft in gewissen Grenzen hineinbringen wollen, die hoffentlich zum Erfolge führt.

Mit diesen Vorbehalten in der Frage der Begründung dieser grundlegenden Probleme möchte ich noch einmal betonen, daß ich dafür eintreten werde, daß im Sinne dieses Antrages an die Bundesregierung herangetreten wird, daß sie das möglichste tun soll, um die Wirtschaftsnot zu bekämpfen, wieder aufzubauen und auch entsprechende Gesetzentwürfe dem Nationalrate vorzulegen.

Präsident: Die Rednerliste erscheint erschöpft, damit ist auch dieser Gegenstand erledigt.

Der **Präsident** verkündet die eingebrachten Anträge und Anfragen (siehe Inhaltsverzeichnis).

Der **Finanzausschuß** hält seine erste Sitzung ab am Dienstag, den 1. Dezember, um 10 Uhr vormittags.

Das **Stafffinden** und die Tagesordnung der nächsten **Hausitzung** werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 20 Uhr 5 Minuten.)